



**Festung
Österreich
Festung der Freiheit**

Schulungsunterlage für freiheitliche Funktionäre

basierend auf dem Wahlprogramm der FPÖ für die Nationalratswahl 2024

Herausgegeben vom Freiheitlichen Bildungsinstitut

Inhaltsverzeichnis

Festung Österreich – Festung der Freiheit

Schulungsunterlage für freiheitliche Funktionäre

basierend auf dem Wahlprogramm der FPÖ für die Nationalratswahl 2024

Herausgegeben vom Freiheitlichen Bildungsinstitut, zusammengestellt von MMMag. Axel Kassegger und Mag. Norbert Nemeth

Unsere Heimat. Unsere Regeln.

Keine Bevormundung durch die EU
Bewahren der Neutralität
Sicherheit und Remigration
Ausbau der direkten Demokratie
Unser Geld für unsere Leut
Sichere Grenzen

Für ein selbstbestimmtes Leben.

Nein zur Impfpflicht
Schluss mit der Gehirnwäsche
Wir sagen, was wir denken
Über Eigentum selbst entscheiden
Bargeld muss bleiben
Individualverkehr
Respekt für Behinderte

Unsere Kinder sind unsere Zukunft.

Familie und Binarität
Ein Baby darf keine Last sein
Kinderbetreuung statt Umerziehung
Rot-weiß-rote Schule
Universitäten, auf die wir stolz sein können
Wohnen, wo sich unsere Kinder wohlfühlen
Sicheres Umfeld für unseren Nachwuchs

Fortschritt mit Verantwortung.

Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll nutzen
Natur- und Umweltschutz mit Augenmaß
Recht auf ein analoges Leben
Nein zum „Gläsernen Menschen“
Digitalisierung ja – digitale Identität nein
Sozial statt Social Distancing

Wohlstand durch Fairness.

Eigentum schaffen
Eigentum behalten
Sichere Arbeit
Ökologie mit Augenmaß
Energiekosten
Respekt für unsere Lehrlinge
Respekt für unsere Bauern

Unsere Heimat. Unsere Kultur.

Binäre Geschlechtsidentität
Deutsche Sprache
Kulturförderung
Islamisierung
No-go-Areas

Inhaltsverzeichnis

Festung Österreich – Festung der Freiheit

Schulungsunterlage für freiheitliche Funktionäre

basierend auf dem Wahlprogramm der FPÖ für die Nationalratswahl 2024

Herausgegeben vom Freiheitlichen Bildungsinstitut, zusammengestellt von MMMag. Axel Kassegger und Mag. Norbert Nemeth

Lange und gut leben.

Gesundheitsvorsorge
Die beste Medizin für unsere Leut
Pensionen zum Auskommen
Pflegefälle vermeiden
Pflege daheim ermöglichen
Verlängerte Lebenszeit durch Wohlstand

Mit Engagement, Herz und Mut für unsere Heimat.

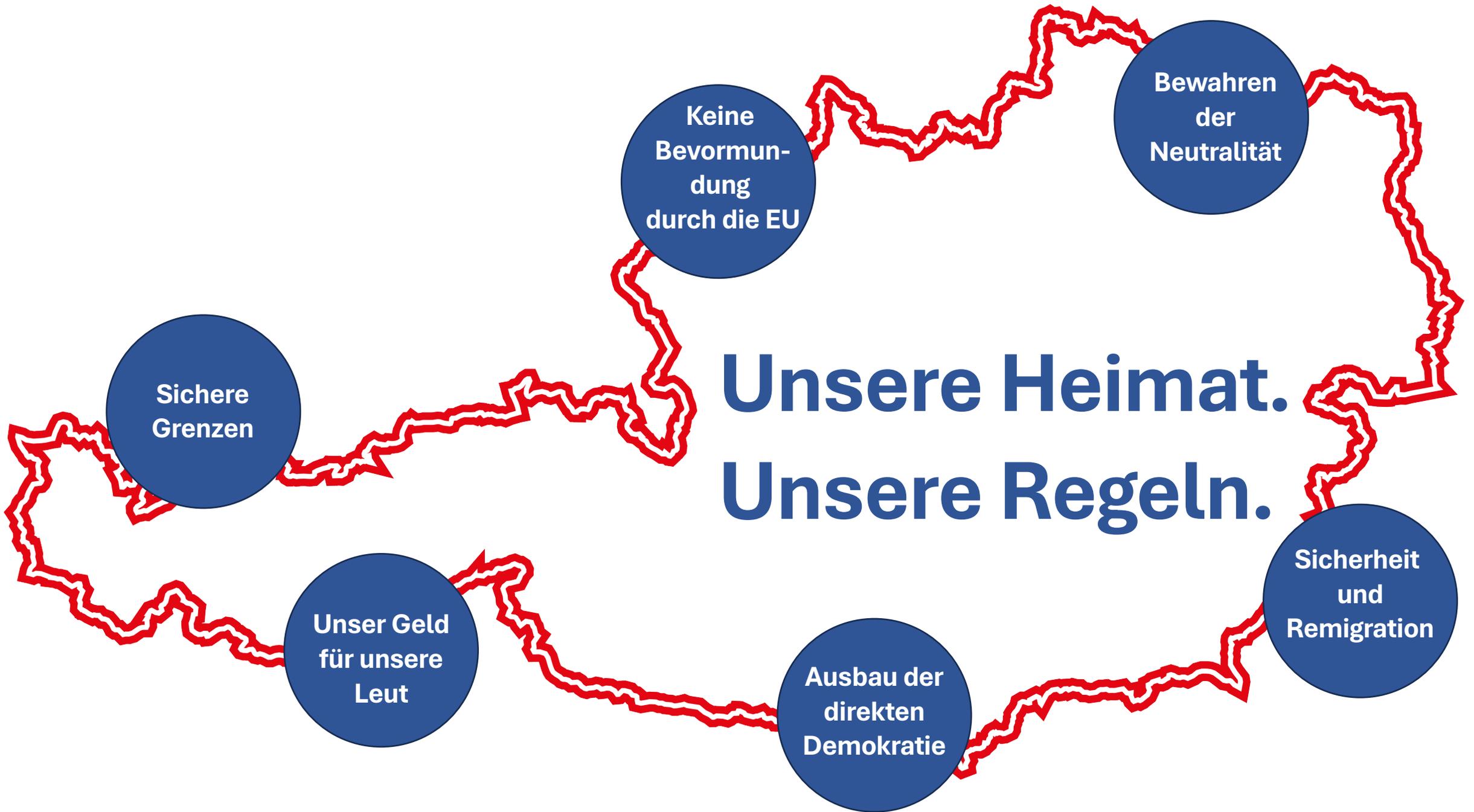
Polizisten
Soldaten
Ehrenamtliche
Lehrer
Ärzte und Krankenpfleger
Pflegekräfte

Die Dritte Republik.

Direkte Demokratie
Kein Ausländerwahlrecht
Vorrang für Österreicher
Recht auf autochthonen Schulunterricht
Neutralität
Leistungsgesellschaft

Starker Standort sichert Wohlstand.

Energieversorgung
Steuern senken
Infrastruktur
Sicherheit
Bürokratieabbau
Innovation und Forschung
Qualifizierte Zuwanderung



Sichere Grenzen

Keine Bevormundung durch die EU

Bewahren der Neutralität

Sicherheit und Remigration

Ausbau der direkten Demokratie

Unser Geld für unsere Leut

Unsere Heimat.
Unsere Regeln.

Keine Bevormundung durch die EU

- Nein zur Europäischen Friedensfazilität:** Die Europäische Friedensfazilität (EPF) wurde 2021 als außerbudgetäres Finanzierungsinstrument zum europäischen Krisenmanagement gegründet und unterstützt schwerpunktmäßig die ukrainischen Streitkräfte – auch mit tödlichen Angriffswaffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, leistet auch Österreich einen finanziellen Beitrag an die EPF. Wir treten für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik ein – die Zahlungen an die EU-Friedensfazilität sind zu stoppen. Österreich soll das Geld für das eigene Heer einsetzen.
- Ja zum Subsidiaritätsprinzip:** Entscheidungen sollen möglichst bürgernah getroffen werden. Die EU hat also nur dann gesetzgeberisch zu handeln, wenn eine nationalstaatliche Gesetzesinitiative wenig sinnvoll erscheint. Was besser auf regionaler oder EU-mitgliedstaatlicher Ebene geregelt werden kann, ist auch dort zu bestimmen.
- Keine Migrationspakete:** Anstatt illegale Migration zu verhindern, will der EU-Migrationspakt im Wesentlichen das Problem bloß verwalten und die illegalen Einwanderer auf die Mitgliedstaaten verteilen. Der Schlüssel zur Lösung der Massenmigration nach Europa kann nur darin liegen, dass nicht jedem ein Asylverfahren zugestanden wird – ganz gleich, woher er kommt und durch wie viele sichere Länder er bereits gereist ist. Wir müssen an den Außengrenzen konsequent zurückweisen.



Bewahren der Neutralität

- ≡ **Aktive Friedenspolitik:** Als neutraler Staat kann Österreich mit einer engagierten Friedens- und Neutralitätspolitik einen wichtigen Beitrag zur Lösung und Prävention von Konflikten auf europäischer und internationaler Ebene leisten. Um sich als glaubwürdiger Vermittler zwischen Kriegsparteien einbringen und so an einem friedlichen Europa aktiv mitwirken zu können, muss der neutrale Status Österreichs wiederhergestellt und mit Nachdruck verteidigt werden.
- ≡ **Nein zu einem schleichenden NATO-Beitritt:** Die Beteiligung Österreichs am NATO-Luftverteidigungssystem Sky Shield ist genauso wie die Durchführung von NATO-Kriegsmaterial durch Österreich nicht mit der immerwährenden Neutralität Österreichs vereinbar und höhlt diese sukzessive aus. Über Jahrzehnte hinweg hat die Neutralität Frieden in Wohlstand und Sicherheit für Österreich garantiert – in Kombination mit dem Bundesheer, dem dringend die nötigen Mittel zur militärischen Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden müssen.
- ≡ **Leistungsfähiges Bundesheer:** Das österreichische Bundesheer ist aufgrund jahrzehntelanger Unterfinanzierung nicht mehr in der Lage, seinen verfassungsmäßigen Auftrag, die militärische Landesverteidigung, zu erfüllen, wobei das Personalproblem die größte Herausforderung darstellt. Wir treten für eine ausreichende finanzielle Ausstattung (2 Prozent des BIP), die Wiedereinführung verpflichtender Milizübungen und die konsequente Attraktivierung des Soldatenberufes ein.



Sicherheit und Remigration

- == **Effiziente Abschiebungen:** Personen, die in Österreich Asyl in Anspruch nehmen und straffällig werden, sollen unverzüglich in ihre Heimat abgeschoben werden und die Haftstrafen in ihren jeweiligen Heimatländern verbüßen. Nationales Recht und internationale Übereinkommen sind anzupassen, um entsprechende Abschiebungen zu ermöglichen und durchführen zu können.
- == **Keine Toleranz bei Integrationsverweigerung:** Kulturelle und sprachliche Unterschiede, die Einstellung gegenüber Frauen sowie Gewaltbereitschaft und Kriminalität sind die zentralen Herausforderungen im Zusammenleben mit Muslimen, Flüchtlingen und Zuwanderern. Wer gegen unsere Regeln, unsere Gesetze verstößt oder eine strafbare Handlung begeht, hat in Österreich keinen Platz und verwirkt sein Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft.
- == **Konsequentes Vorgehen gegen importierte Kriminalität:** Nationale Grenzen stellen heute für Straftäter keine entscheidenden Hindernisse mehr dar, unter anderem infolge zunehmender illegaler Migration. 2023 wurde in Österreich ein erheblicher Anstieg der Kriminalität verzeichnet – knapp die Hälfte der Tatverdächtigen stammten nicht aus Österreich. Anfang 2024 stellten Ausländer laut Statistia mehr als die Hälfte aller Gefängnisinsassen und waren gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil von etwa 20 Prozent deutlich überrepräsentiert – stärker noch als bei den Tatverdächtigen und Verurteilten.



Ausbau der direkten Demokratie

- Einführung der Volksinitiative zur Gesetzgebung:** Immer dann, wenn ein Volksbegehren vom Nationalrat verworfen wird, soll das Volk selbst entscheiden, ob die Initiative nicht doch Gesetz werden soll – Gesetzgebung unabhängig vom Willen des Nationalrates soll möglich sein. Volksbegehren sollen zu einer verpflichtenden Volksabstimmung führen, wenn vier Prozent der Stimmberechtigten, also rund 250.000 Menschen, ein Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Die Volksinitiative ist ein Instrument echter Volksgesetzgebung – das Recht geht vom Volk aus!
- Einführung eines Recall-Systems:** Dem Volk sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, eine unfähige Regierung oder unfähige Regierungsmitglieder abuberufen. Es handelt sich somit um einen Misstrauensantrag des Volkes. Vom Ablauf her könnte er analog zur Volksinitiative ausgestaltet werden.
- Vorschlagsrecht EU-Kommissar an stärkste Partei der EU-Wahl:** Derzeit entscheidet die Bundesregierung – aktuell eine Regierung mit einem Zuspruch von weniger als einem Drittel der Wahlberechtigten –, wer EU-Kommissar wird. Ein Vorschlagsrecht für die stimmenstärkste Partei würde die EU-Wahl aufwerten, auch in Hinblick auf die üblicherweise niedrige Wahlbeteiligung, und das Prozedere demokratisieren.



Unser Geld für unsere Leut

- Beseitigung der Magneteffekte für Zuwanderung:** Österreich als hochentwickeltes Industrieland zieht Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten an, die sich von Pull-Faktoren wie sozialer Unterstützung in Form von Geldleistungen, Unterbringung, Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung, Familienförderung oder einer gut ausgebauten Infrastruktur inkl. Freifahrt eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erhoffen. Es ist endlich Transparenz dahin gehend zu schaffen, was ein durchschnittlicher Asylwerber/Wirtschaftsflüchtling das österreichische Sozialsystem und damit die steuerzahlende Bevölkerung monatlich kostet.
- Sozialrechtliche Differenzierung zwischen Österreichern und Zuwanderern:** Um den österreichischen Sozialstaat leistungsfähig zu erhalten, muss dieser geschützt werden und leistungsfähig bleiben. Wir lehnen eine Zuwanderung samt Familiennachzug ins Sozialsystem strikt ab. Zwischen denen, die dieses Land aufgebaut haben, und jenen, die noch nie einen Cent einbezahlt haben, muss eine klare Grenze gezogen werden.
- Reduktion der Entwicklungszusammenarbeit (EZA):** Entwicklungshilfe soll situationsangepasste gezielte Hilfe sein. Das Geld der Steuerzahler darf nicht ohne Bedingungen verschenkt werden oder in hinterfragenswerten Projekten versickern, sondern soll vielmehr einem Interessenausgleich zwischen der Republik Österreich und den Empfängerländern dienen – seien es Wirtschaftsbeziehungen oder auch die Rücknahme illegaler Migranten. Wir haben dazu einen EZA-Reformplan im Parlament eingebracht.



Sichere Grenze

- Ausbau des Grenzschutzes:** Die gegenwärtige Willkommenskultur muss durch echten Grenzschutz ersetzt werden, insbesondere durch die Errichtung technischer Sperren (Zäunen) an den Grenzen. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex hat vor dem Problem der illegalen Migration kapituliert: Frontex-Chef Hans Leijtens hält es für aussichtslos, die EU-Außengrenzen für Migranten zu schließen. Daher haben wir das Recht, Österreichs Grenze selbst zu schützen.
- Zurückweisungen an der Grenze:** Solange jedem ein Asylverfahren zugestanden wird, der es bis an die Staatsgrenze schafft – ganz gleich, woher er kommt und durch wie viele sichere Länder er bereits gereist ist –, wird es kein Ende der Massenzuwanderung geben. Wir brauchen eine Einschränkung des längst unbrauchbar gewordenen Asylrechts mit Zurückweisungen an der Grenze. Verfahrens- und Aufenthaltszentren in Afrika für Asylansuchen in Europa könnten Asylwerber von einer gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer abhalten.
- Ausreisezentren mit Anwesenheitspflicht:** In Ausreisezentren mit nächtlicher Anwesenheitspflicht sollten möglichst schnell Reiseroute und Fluchtgründe geprüft werden, um die Verfahren zu beschleunigen. Auch eine Rückkehrberatung soll angeboten werden. In Richtung Ausland kann das Ausreisezentrum jederzeit verlassen werden.



Respekt
für
Behinderte

Individual-
verkehr

Nein
zur Impf-
pflicht

Bargeld
muss
bleiben

Schluss
mit der
Gehirnwäsche

Über Eigentum
selbst
entscheiden

Wir sagen,
was wir
denken

**Für ein
selbstbestimmtes
Leben.**

Nein zur Impfpflicht

- Entschädigungsfonds:** Corona und die Corona-Maßnahmen haben das Leben der Österreicher in allen Lebensbereichen mehr als drei Jahre massiv beeinflusst und eine Reihe von Schäden verursacht. Wir treten für die Einführung eines Hilfsfonds für Corona-Folgen nach dem Beispiel Niederösterreichs ein, wo seit 2023 die Möglichkeit besteht, einen Antrag auf eine einmalige Geldleistung im Zusammenhang mit etwa Impfbeeinträchtigungen, Long-COVID, psychologischen Behandlungskosten oder Nachhilfestunden für Kinder und Jugendliche zu stellen.
- Corona-Amnestie:** Der Verfassungsgerichtshof hat Corona-Maßnahmen nachträglich für verfassungswidrig erklärt. Wir treten daher für eine unmittelbare und ausnahmslose Amnestie für alle von Verwaltungsstrafen Betroffenen, etwa bei Verstößen gegen die Abstandsregeln oder das Maskentragen, und eine Rücküberweisung aller eingehobenen Strafen ein. Einträge im Verwaltungsstrafregister, die immer noch aufscheinen, sind zu löschen.
- Nein zum WHO-Pandemievertrag:** Der in Verhandlung befindliche Pandemievertrag der WHO würde diese ermächtigen, eine Pandemie auszurufen und restriktive Maßnahmen wie Lockdowns und Impfzwang jederzeit umsetzbar zu machen. Die Durchsetzung durch Österreich könnte zudem mittels Sanktionen erzwungen werden. Österreich darf dieses Abkommen nicht annehmen! Wir treten vielmehr dafür ein, mit einem eigenen Gesetz den Schutz der Souveränität des österreichischen Gesundheitssystems zu gewährleisten.



Schluss mit der Gehirnwäsche

- Ja zur Medienvielfalt:** Die Medienlandschaft in Österreich ist durch Einseitigkeit und Unausgewogenheit geprägt. Durch das Qualitätsjournalismus-Gesetz wird ein Gremium – besetzt durch die Regierung – installiert, das festlegt, wer als Qualitätsmedium gilt und auch über Medienförderungen entscheidet. Alternative Medien werden als rechtsextrem oder Verschwörungstheoretiker diffamiert und von Fördergeldern abgeschnitten. Wir brauchen eine faire und transparente Förderstruktur, die die Entwicklung und Etablierung alternativer Medienkanäle ermöglicht.
- Nein zur ORF-Indoktrination:** Die Berichterstattung des ORF entspricht in keiner Weise der Definition eines öffentlich-rechtlichen Auftrags im ORF-Gesetz – von objektiv, unabhängig und äquidistant allen Parteien gegenüber ist sie meilenweit entfernt. Stattdessen wird versucht, die Zuschauer in Richtung einer links-grünen Ideologie zu erziehen beziehungsweise zu indoktrinieren – man denke nur an die Rolle des ORF in der Corona-Zeit als Propagandaorgan der Regierung. Es braucht eine umfassende Reform des ORF mit dem Ziel, eine Diskurs- und Informationsplattform für möglichst alle Teile der Gesellschaft zu schaffen.
- Stopp der Frühsexualisierung:** Unsere Kinder müssen die Möglichkeit haben, sich uneingeschränkt und ungestört entwickeln zu können – auch ihre Sexualität betreffend. In Deutschland werden bereits Lehrbücher für Volksschüler empfohlen, in denen vermittelt wird, dass es mehr als zwei Geschlechter gebe und Transsexualität völlig normal sei. Immer mehr Kinder und Jugendliche sind verunsichert, was ihre Geschlechtsidentität angeht, und wünschen sich eine körperliche Veränderung. Wir setzen uns für den Schutz unserer Kinder ein und lehnen die Indoktrinierung mit Transgender-Ideologie entschieden ab.



Wir sagen, was wir denken

- Meinungsvielfalt statt Political Correctness:** Vorgebliche Grundidee der Political Correctness ist die Vermeidung von Ausdrucksweisen und Handlungen, durch die sich jemand diskriminiert oder beleidigt fühlt. De facto hat das dazu geführt, dass man nicht mehr frei redet, sondern permanent befürchtet, dass der Satz, den man sagt, viel mehr bedeutet als man eigentlich meint. Durch einen überschießenden Verhetzungsparagrafen wird rechte Politik tendenziell kriminalisiert. Er sollte daher auf echte Gewaltaufrufe reduziert werden. Unbestimmte Begriffe wie jener des Hasses haben in einem Strafgesetz nichts verloren.
- Freiheit im Internet statt Zensur:** Der Digital Services Act (das „Hass-im-Netz-Gesetz“) regelt die Aktivitäten von Anbietern digitaler Dienste innerhalb der EU, hebt nationale Mediengesetze samt Selbstkontrolle auf und stellt die Medien unter EU-Staatskontrolle. Mit diesem Gesetz ist ein neues Zensurinstrument entstanden: Kritische und kontroverse Haltungen werden oft als „Desinformation“ oder „Hassrede“ gebrandmarkt und unliebsame Meinungen in sozialen Medien unterdrückt. Wir treten für den Schutz der Meinungsfreiheit und gegen den Missbrauch von Gesetzen als Zensurwerkzeuge ein.
- Nein zur Gesinnungsjustiz:** Dann und wann hat man den Eindruck, dass die Justiz auf dem linken Auge blind ist. Auffallend oft werden überlange Verfahren gegen Politiker rechts der Mitte angestrengt, ohne dass jemals etwas dabei herauskommt. Auch der Zusammenhang zwischen Wahlterminen und der Einleitung von Verfahren passt ins Bild. Vor diesem Hintergrund sind wir gegen die Einführung eines Bundesstaatsanwaltes, sondern wollen eine unabhängige Justiz, an deren Spitze ein dem Parlament Verantwortlicher steht.



Über Eigentum selbst entscheiden

- ≡ **Nein zum Sanierungszwang:** Wir wollen selbst entscheiden, wie wir mit unserem Eigentum umgehen. Daher lehnen wir jegliche Tendenz zu Zwangssanierungen ab. Stattdessen soll es attraktive Förderungen geben, um langfristig Energie zu sparen und die Umwelt zu entlasten. Das ist auch im Interesse der Mieter, die unter den generell viel zu hohen Betriebskosten leiden.
- ≡ **Keine Erbschaftsteuer:** Seit 2008 gibt es in Österreich keine Erbschaftsteuer und keine Schenkungsteuer mehr – Erbschaften und Schenkungen von Grundstücken unterliegen der Grunderwerbsteuer. SPÖ-Chef Babler hat die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer auf seine Agenda gesetzt. Unsere Bürger sind bereits jetzt einer extrem hohen Steuerbelastung ausgesetzt – wir lehnen Erbschafts- und Schenkungssteuer genauso wie eine Vermögensteuer dezidiert ab!
- ≡ **Nein zur Leerstandsabgabe:** Einige Bundesländer heben bereits seit Jahren eine Abgabe auf leerstehende Wohnungen ein. Die jüngste verfassungsrechtliche Kompetenzänderung räumt den Ländern mehr Spielraum bezüglich Höhe der Abgabe ein. Wir sehen Leerstandsabgaben als verdeckte Vermögensteuer und als massiven Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum.



Bargeld muss bleiben

- Keine Einschränkungen im Zahlungsverkehr mit Bargeld:** Die Verfügungsrechte über das eigene Hab und Gut müssen dem Bürger überlassen bleiben. Wir lehnen daher jede Art von Beschränkungen wie Bargeld-Obergrenzen oder das Verbot von Euro-Scheinen ausdrücklich ab und fordern eine Verankerung des Bargelds in der Verfassung, gemeinsam mit der Verpflichtung, dieses Zahlungsmittel annehmen zu müssen.
- Finanzielle Freiheit:** Durch die Möglichkeit, mit Bargeld bezahlen zu können, wollen wir einen wesentlichen Teil unserer Privatsphäre bewahren. Es geht weder meine Bank noch den Staat noch sonst jemanden etwas an, mit wem ich welches Rechtsgeschäft abschließe. Dort, wo der Verdacht auf Geldwäsche besteht, kann mit den bestehenden Rechtsinstituten dagegen gehalten werden. Es ist nicht in Ordnung, alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen.
- Recht auf Bankkonto:** Der Ausschluss aus dem ökonomischen Leben stellt so etwas wie einen „zivilen Tod“ dar. Wer über kein Bankkonto verfügt und auch nicht die Möglichkeit hat, mit Bargeld zu zahlen, kann am ökonomischen Leben in keiner Weise mehr teilnehmen. Daher fordern wir ein Grundrecht auf ein Bankkonto.



Individualverkehr

- Entlastung der Autofahrer:** Die Bundesregierung hat den Individualverkehr aus ideologischen Gründen massiv verteuert – Stichwort CO₂-Steuer, Erhöhung der NoVA, Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer, Mineralölsteuer. Die Autofahrer werden immer mehr belastet, während zentrale Infrastrukturprojekte wie Schnellstraßen oder Autobahnen nicht gebaut oder gestoppt werden, was ein klarer Verstoß gegen einen bestehenden Auftrag des Bundesstraßengesetzes ist.
- Nein zum Verbot von Verbrennermotoren:** Wir treten gegen das von der EU ab dem Jahr 2035 geplante Zulassungsverbot von Verbrennermotoren ein. Die Individualmobilität muss gewährleistet und zudem leistbar bleiben – unzählige Menschen gerade im ländlichen Raum sind täglich auf ihr Auto angewiesen, sei es, um zum Arbeitsplatz zu kommen oder um Einkäufe zu erledigen. Daher bekennen wir uns zur Technologieoffenheit – von Wasserstoff bis hin zu modernen Verbrennermotoren.
- Strenge Strafen für Klimakleber:** Kilometerlange Staus behindern Menschen auf ihrem Weg zur Arbeit und legen Transitstrecken lahm, Einsatzfahrzeuge bleiben im Stau stecken – all das ist vor dem Hintergrund des Versagens der Bundesregierung zum alltäglichen Bild geworden. Es muss endlich Schluss damit sein, dass uns eine kleine verblendete Gruppe trotz aller Lippenbekenntnisse ungestraft tyrannisieren darf.



Respekt für Behinderte

- Recht auf menschenwürdige Entlohnung:** Das Leben von Menschen mit einer Leistungsfähigkeit unter 50 Prozent ist mehr als frustrierend. Wenn sie überhaupt einen Platz in einer Beschäftigungstherapiewerkstatt bekommen, erhalten sie ein Taschengeld – angestellt werden sie aber nicht. Es ist eine Schande, dass behinderten Menschen kein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Wir treten mit Nachdruck für Arbeitnehmerschutz, Urlaub, Krankenstand sowie einen Pensionsanspruch für Betroffene ein.
- Dazugehören und selbst bestimmen:** Inklusion ist der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft. Barrierefreiheit schafft Möglichkeiten und nimmt Sorgen. Es ist unsere Verantwortung, an einer Gesellschaft zu arbeiten, in der jeder Mensch – unabhängig von seinen körperlichen oder mentalen Voraussetzungen – die gleichen Chancen auf Selbstbestimmung erhält und nicht auf Almosen angewiesen ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Sendung „Licht ins Dunkel“ kritisch zu betrachten, die Menschen mit Behinderung als nicht gleichwertig und als Bittsteller darstellt.
- Nachhaltige Rechte für Menschen mit Behinderung:** Die selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung sind nach unserer freiheitlichen Überzeugung zentrale Persönlichkeitsrechte. Die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen, einschließlich Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit, muss von Menschen mit Behinderungen jedoch unter erschwerten Bedingungen hart erkämpft werden. Wir verlangen, dass Österreich endlich seiner Verpflichtung zur vollumfänglichen Inklusion, wie es die UN-Konvention verlangt, nachkommt!



Unsere Kinder sind unsere Zukunft.

Ein Baby
darf keine
Last sein

Kinder-
betreuung
statt
Umerziehung

Rot-weiß-rote
Schule

Universitäten,
auf die wir
stolz sein
können

Wohnen, wo
sich unsere
Kinder wohl-
fühlen

Sicheres
Umfeld für
unseren
Nachwuchs

Familie
und
Binarität

Familie und Binarität

- Zwei Geschlechter:** Es ist völlig skurril, dass laut Meldegesetz die Auswahl zwischen sechs Geschlechtsbezeichnungen möglich ist (laut Statistik Austria nützten dies per 1.1.2024 ganze 78 Personen!). Biologisch gesehen gibt es zwei Geschlechter. Dass bereits bei der Kindergarten-Anmeldung von Kleinstkindern mehrere Geschlechter abgefragt werden, ist für uns höchst bedenklich und zum Schutz unserer Kinder abzulehnen.
- Queer ist zersetzend:** Längst geht es nicht mehr darum, Personen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung nicht zu diskriminieren. Im Grunde wird die Abschaffung der beiden biologischen Geschlechter propagiert – das „Nicht-Normale“ soll zur neuen Normalität werden. Wir vertreten eine klare Position im Sinne der mehrheitlich heterosexuellen Österreicher und der klassischen Familien.
- Sehnsucht nach Geborgenheit:** Zukunftsweisende Familienpolitik ist verantwortlich für das harmonische Zusammenleben aller Geschlechter und Generationen, denn die Familie bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Sie gibt Halt, Sicherheit und Geborgenheit. Unsere Kinder werden in unterschiedliche Lebensrealitäten hineingeboren. Sie und ihre Eltern brauchen für besondere Situationen ein breites Spektrum an Unterstützung und Förderung. Die Betreuung von Kindern in familiärer Geborgenheit wird von uns staatlichen Ersatzmaßnahmen vorgezogen.



Ein Baby darf keine Last sein

- Existenzängste nehmen:** Mit der Gründung einer Familie sind viele existenzielle Sorgen verbunden. Wir wollen zukünftigen Jungfamilien das Ja zur Familie erleichtern und eine proaktive Familienpolitik betreiben, mit Maßnahmen wie dem Anrechnen von vier Jahren Kindererziehungszeiten für jedes Kind im Pensionskonto, konkreten Steuerentlastungen für Verheiratete oder einem Familien-Lohnsteuersplitting für Ehepaare mit Kindern.
- Berufliche Vereinbarkeit:** Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss durch begleitende politische Maßnahmen wesentlich verbessert werden. Wir stehen für eine echte Wahlfreiheit für Familien in der Betreuung ihrer Kinder: Familieninterne und generationenübergreifende Kinderbetreuung soll finanziell unterstützt werden, wer seine Kinder bis zum Ende des Pflichtschulalters zu Hause betreut, bekommt diese Zeit pensionstechnisch angerechnet.
- Ja zu Familie und Kindern:** Die Entscheidung für Familie und Kinder darf nicht zu persönlichen, finanziellen oder beruflichen Nachteilen führen. Wir möchten ein breites Angebot schaffen, um Kinder in unserer Gesellschaft willkommen zu heißen und Eltern unter die Arme zu greifen, damit die Familie ein Ort sein kann, wo Kinder ungezwungen und behütet aufwachsen.



Kinderbetreuung statt Umerziehung

- Ideologiefreier Kindergarten:** Gender-Ideologie und frühkindliche Sexualisierung haben in unseren Kindergärten nichts verloren. Aktionen wie Lesungen von Drag Queens verunsichern Kinder in ihrer Geschlechtsidentität – diese Transgender-Propaganda lehnen wir ausdrücklich ab.
- Kind sein dürfen:** Kinder suchen bei ihrer Entwicklung nach Orientierung im Leben und loten ständig ihre Handlungsfreiheit aus. Angemessene Grenzen geben Kindern Halt und Sicherheit und sind notwendig für ein harmonisches Zusammenleben. Daher lehnen wir soziale Elemente ebenso ab wie ein Verbot von Nikolofeiern.
- Öffnungszeiten 24/7 im ganzen Land:** Um sich das Leben leisten zu können, sind viele Mütter darauf angewiesen, zu arbeiten. Es sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein, dass während der üblichen Arbeitszeit Kindergärten flächendeckend vorhanden und geöffnet sind. Dort, wo außerhalb der üblichen Arbeitszeit gearbeitet werden muss, zum Beispiel in Spitälern, soll der Betrieb eine Kinderbetreuung anbieten.



Rot-weiß-rote Schule

- == **Respekt statt Mobbing:** Vor allem aus Migrantenfamilien stammende Schüler haben ein massives Autoritätsproblem mit Lehrkräften, es kommt immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen. Schulen sollen als Orte des Respekts und des Miteinanders erlebt werden, in denen Gewalt oder Psychoterror keinen Platz haben. Gewalttätige Schüler müssen aus dem Klassenverband entfernt werden – umgekehrt dürfen auch problematische Lehrer nicht einfach von Schule zu Schule weiterversetzt werden.
- == **Analog statt analphabetisch:** Eines der großen Probleme an den heimischen Schulen sind die mangelnden oder fehlenden Sprachkenntnisse. Das Beherrschen der deutschen Sprache muss Voraussetzung für den Schuleintritt sein – sonst ist eine erfolgreiche Vermittlung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen und Sprechen nicht möglich.
- == **Kultur weitergeben statt canceln:** Kunst und Kultur in allen ihren Ausprägungsformen sind wesentliche Identitätsstifter unserer Gesellschaft. Unsere abendländische Kultur ist reichhaltig und vielfältig. Es gilt, die freie Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur zu ermöglichen und unsere Muttersprache als wichtigstes kulturstiftendes Element zu schützen.



Universitäten, auf die wir stolz sein können

- == **Studienplätze für unsere Besten:** Der freie Hochschulzugang ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil des österreichischen Bildungswesens. Ausländische Studenten sollten nur dann Zugang zu den österreichischen Universitäten erhalten, wenn sie auch in ihrem Heimatland die Voraussetzungen dafür erfüllen.
- == **Opting-out ÖH:** Die Österreichische Hochschülerschaft ist nach ihrem Statut eine Vertretung der allgemeinen und studienbezogenen Interessen ihrer Mitglieder – von einer politischen Ausgewogenheit kann jedoch keine Rede sein. Wir treten daher für die Möglichkeit eines Opting-out von der Mitgliedschaft bei der ÖH ein und sprechen uns im Übrigen gegen jegliche Art von Zwangsmitgliedschaft aus.
- == **Wissenschaftlichkeit statt Social Engineering:** Die Wissenschaft leidet darunter, dass sie zunehmend ideologisiert wird. Anstatt eines pluralistischen Klimas der Meinungsvielfalt und der Offenheit der Forschung herrscht an unseren Universitäten ein repressives Klima. Das haben all jene zu spüren bekommen, die während der Corona-Krise impfkritisch waren, aber auch all jene, die nicht ins Weltbild von Wokeness und Gender-Mainstreaming passen.



Wohnen, wo sich unsere Kinder wohlfühlen

- ≡ **Wohnraum für unsere Leut schaffen:** Immer mehr junge Familien stehen vor dem Problem, dass kind- und familiengerechter Wohnraum für sie einfach nicht bezahlbar ist. Die Wohnbauförderung muss wieder zu einem Instrument der Leistbarkeit werden. Wir bekennen uns zum geförderten Eigenheim ebenso wie zu einem breiten, geförderten Mietwohnungsbestand.
- ≡ **KIM abschaffen:** Das Schaffen von Wohnraum muss wieder finanzierbar werden. Die Vergabekriterien der KIM (Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung) – Beleihungsquote 90 %, Schuldendienstquote 40 % und maximale Laufzeit 35 Jahre – verhindern die Vergabe von Krediten und damit das Schaffen von Eigentum. Die jüngste Novelle bringt zwar Lockerungen bei den Ausnahmekontingenten der Banken, lässt aber keinen Kreditboom erwarten. Wir fordern die ersatzlose Streichung.
- ≡ **Starterwohnungen für junge Familien:** Eine nachhaltige Familienpolitik muss Unterstützung für Familien in allen Lebenslagen bereitstellen. Wir möchten junge kinderreiche Familien mit Starterwohnungen unterstützen: Wer viele Kinder hat, zahlt entsprechend weniger.



Sicheres Umfeld für unseren Nachwuchs

- **Keinen Fußbreit den Drogen:** Eine schrittweise Öffnung des Drogenmarkts am Beispiel Deutschlands mit der Legalisierung von Cannabis ist für uns undenkbar. Cannabis stellt nicht nur eine Einstiegsdroge dar, sondern ist in seiner Wirkung unberechenbar und oft mit psychotischen Langzeitschäden verbunden. Darüber hinaus zeigt sich, dass eine Legalisierung von Drogen nicht in der Lage ist, die kriminellen Drogen-Netzwerke lahmzulegen. Im Gegenteil: Ihr Markt wird noch vergrößert.
- **Kampf den Jugendbanden:** Gewalttätige Jugendbanden haben an Österreichs Schulen nichts verloren. Unsere Schulkinder dürfen nicht länger Raub, Erpressung oder schwerer Körperverletzung ausgesetzt sein. Junge Gewalttäter sollten in Erziehungscamps diszipliniert und von Sozialarbeitern oder Psychologen betreut werden.
- **Schutz vor sexueller Gewalt:** Der Schutz unserer Kinder steht für uns an erster Stelle. In unserem Kinderschutzpaket treten wir für Prävention, bessere Hilfsangebote und Schutz der Opfer sowie drastische Strafverschärfungen für Täter ein. Ein lebenslanges Tätigkeitsverbot für einschlägig verurteilte Sexualstraftäter im Zusammenhang mit Minderjährigen und anderen schutzbedürftigen Personen in Verbindung mit einem lebenslangen Strafregistereintrag ist für uns alternativlos.



Fortschritt mit Verantwortung.

Natur- und
Umweltschutz
mit Augenmaß

Recht auf
ein analoges
Leben

Künstliche
Intelligenz
verantwortungs-
voll nutzen

Nein zum
„Gläsernen
Menschen“

Sozial
statt
Social
Distancing

Digitalisierung
ja – digitale
Identität nein

Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll nutzen

- KI hat in Waffensystemen nichts verloren:** Künstliche Intelligenz ist noch sehr fehleranfällig. Wenn KI autonome Waffeneinsätze herbeiführen kann, so ist das brandgefährlich – die den Entscheidungen zugrunde liegenden Algorithmen sind viel zu simpel und beruhen größtenteils auf im Internet frei verfügbaren Informationen. Es darf nicht dazu kommen, dass autonome Waffensysteme über Tod oder Leben entscheiden.
- KI-Führerschein in der Schule:** KI-Anwendungen gewinnen in rasantem Tempo an Bedeutung. Daher ist es immens wichtig, dass Schüler lernen, damit umzugehen, aber auch, sie kritisch zu hinterfragen; für einen nachgewiesenen verantwortungsvollen Umgang könnten Lehrkräfte einen KI-Führerschein ausstellen. Es darf nicht passieren, dass die Kreativität durch übermäßigen und unregelmäßigen Einsatz von KI auf der Strecke bleibt – und damit auch die Freude am Lernen.
- Digitale Revolution für Europa:** Die EU ist der erste Rechtsraum mit einem dem Vorsichtsprinzip entsprechenden Rechtsrahmen für die künstliche Intelligenz. Dies soll Vertrauen stärken und den Bürger vor riskanten Anwendungen schützen, doch man belastet damit vor allem die KI-schaffende europäische Industrie, die bereits seit langem vom amerikanischen und asiatischen Wettbewerb abgehängt wurde. Damit nehmen leider weitgehend nicht-regulierte Anwendungen eine globale Vorreiterstellung ein.



Natur- und Umweltschutz mit Augenmaß

- **Eigenverantwortung leben:** Eine intakte Umwelt bringt Lebensqualität und Wohlbefinden. Es ist im Interesse jedes Einzelnen, für sein Umfeld, die Umwelt und als Teil davon für das Klima Sorge zu tragen. Dies gelingt am besten, indem man eigenverantwortlich handelt und neue Technologien im Sinne der Nachhaltigkeit einsetzt. Grüner Verbotswahn und staatliche „Umerziehungssteuern“ wie die CO₂-Steuer sind jedoch schlechte Ratgeber.
- **Klimaschutz mit Hausverstand:** Klimaneutralität ist kein Selbstzweck, sondern muss aus freiheitlicher Sicht stets im Einklang mit Arbeit, Wirtschaft und Forschung gedacht werden. Statt abstrakter Ideen und Ziele oder des Rufs nach mehr Steuern braucht es konkretes und praktisches Handeln – keinesfalls darf alles dem Klimaschutz untergeordnet und dabei auf die Menschen vergessen werden. Es braucht effiziente und wirtschaftliche Lösungen, um den Wohlstand der österreichischen Bevölkerung nicht zu gefährden.
- **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs:** Der Ausbau und die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie die Dekarbonisierung im Verkehr zählen zu den wirksamsten Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele. Durch Stadtgrenzen überschreitende Projekte sollten derzeit noch bestehende Lücken im öffentlichen Verkehr zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum geschlossen und die Infrastruktur verbessert werden. Wir setzen hierbei klar auf positive Anreize anstatt auf sinnlose Verbote, wie es beispielsweise in Wien gegenüber den Autofahrern an der Tagesordnung ist.



Recht auf ein analoges Leben

- Respekt vor dem Analogen:** Wir müssen Menschen davor schützen, im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt zu werden, weil sie weder Smartphone noch Computer nutzen oder nicht alles über Apps abwickeln möchten. Wir treten deshalb für das Recht auf ein analoges Leben ohne strukturelle Nachteile ein.
- Leben ohne Internet:** Es ist unerlässlich, dass Menschen, die das Internet nicht nutzen wollen oder können, auch analoge Zugangswege vor allem zur öffentlichen Verwaltung oder zu Bürgerdiensten haben. Und das betrifft nicht nur die ältere Generation: Wir dürfen uns nicht zu Sklaven der digitalen Entwicklung degradieren. Es muss Wahlfreiheit dahin gehend bestehen bleiben, dass man auch ohne Smartphone an der modernen Gesellschaft teilhaben und seinen Alltag bestreiten kann.
- Analoge Strukturen erhalten:** Wir lehnen die demokratiefeindlichen Tendenzen der Digitalisierung ab und treten für ein Grundrecht auf analoges Leben ein. Dazu gehört unter anderem der Erhalt des Bargelds, das Recht zum Widerspruch gegen jede Form von elektronischer Datenspeicherung oder das Recht von Privatpersonen, ihre Verwaltungs-, Rechts- und Geschäftsprozesse in analoger Form durchführen zu können. Ebenso muss es legitim sein, im Internet nicht genannt werden zu wollen.



Nein zum „Gläsernen Menschen“

- ≡ **Vollumfänglicher Datenschutz:** Wir stehen für Privatsphäre und gegen das weltweite Weitergeben von Daten, weil wir nicht eines Tages im chinesischen System enden wollen. Dort wird die Bevölkerung durch ein weitreichendes Netz von Überwachungskameras und Gesichtserkennungstechnologien überwacht und diese Daten zur sozialen Kontrolle genutzt: Mit einem Sozialkredit-System wird das Verhalten der Bürger bewertet und sanktioniert. Solchen Tendenzen darf nicht der geringste Raum gegeben werden!
- ≡ **Exzessive Datensammlung durch Unternehmen:** Große Technologieunternehmen wie Google, Facebook (Meta) und Amazon sammeln und analysieren riesige Mengen an Daten über ihre Nutzer. Unser Suchverhalten im Internet hinterlässt wertvolle Informationen, die zu personalisierten Inhalten verarbeitet werden. Wir werden also unbewusst in unserer Wahrnehmung und unserem Verhalten beeinflusst. Das verletzt unsere Privatsphäre und schränkt unsere Autonomie ein.
- ≡ **Schutz der Gesundheitsdaten:** Wearable-Technologien wie Fitness-Tracker und Smartwatches sammeln kontinuierlich Daten über die Gesundheit und Aktivitäten ihrer Nutzer. Die Auswirkungen eines missbräuchlichen Einsatzes zeichnen ein düsteres Bild: Arbeitgeber könnten solche Daten nutzen, um Entscheidungen über Einstellungen oder Entlassungen zu treffen, Versicherungen könnten höhere Prämien für Personen verlangen, deren Daten auf ein ungesundes Verhalten hinweisen. An einem vollumfänglichen Datenschutz führt nichts vorbei!



Digitalisierung ja – digitale Identität nein

- Nein zur europäischen Digitalen Identität (eIDAS):** Der EU-Verordnungsvorschlag zu eIDAS will die Einführung einer europäischen digitalen Identitätsbörse, die es den Bürgern ermöglichen soll, die Identität nachzuweisen, Dokumente auszutauschen und die Identität und Dokumente von Unternehmen und anderen Bürgern zu überprüfen. Mehr als 500 Experten für Cybersicherheit und Datenschutz haben jedoch ein Schreiben dagegen unterzeichnet und warnen vor einer Massenüberwachung.
- Datenschutz und Privatsphäre:** Die Digitalisierung macht Dienstleistungen und Produkte rund um die Uhr verfügbar, viele Prozesse werden erheblich schneller und komfortabler. Das bedeutet aber auch, dass persönliche Daten leichter zugänglich und anfälliger für Missbrauch sind oder ohne Zustimmung der Betroffenen genutzt werden. Die eIDAS würde es einer einzigen Regierung per Gesetzgebung ermöglichen, das Internet-Browsing aller EU-Bürger auszuspionieren.
- Digitale Brieftasche:** Wir befürchten, dass es bald eine Verpflichtung zur Installation einer digitalen Brieftasche, des „Wallets“, geben könnte. Diesem fehlt jedoch völlig der wichtige Schutz der Privatsphäre. Neben digitalen Ausweisen soll dieses „Wallet“ nämlich explizit auch Gesundheitsdaten und digitale Währungen beinhalten dürfen. Es darf nicht zu einem Überwachungsstaat nach chinesischem Muster kommen, der die Bürger in allen Lebenslagen kontrolliert.



Sozial statt Social Distancing

- Zusammenführung von Generationen:** Um den Austausch zwischen Jung und Alt zu fördern und damit die Isolierung älterer Menschen zu verhindern, braucht es gemeinsame Projekte, bei denen Jugendliche den Älteren zuhören und ihnen helfen, sie aber genauso von der Erfahrung und den Geschichten der Großeltern-Generation profitieren. Solche Berührungspunkte bieten Schulen, Vereine oder lokale Gemeinschaftsinitiativen wie Generationensportfeste und sollten deshalb unterstützt und gefördert werden.
- Einsame Jugend:** Während der Corona-Krise waren Jugendliche besonders stark von Vereinsamung und damit einhergehenden depressiven Symptomen betroffen. Social Distancing hat zu einem Gefühl der Entfremdung und oftmals zu einer Spaltung innerhalb von Familie und Freundeskreis geführt. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese psychischen Auswirkungen für viele zu einem chronischen Problem werden – das wäre nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für die Gesellschaft auf lange Sicht belastend.
- Fernunterricht & digitale Kluft:** Fernunterricht und Schulschließungen haben Schüler, Studenten und Lehrer vor große Herausforderungen gestellt. Der Mangel an direktem Kontakt hat sowohl den Lernerfolg als auch die soziale Entwicklung beeinträchtigt. Außerdem hatten nicht alle Schüler und Studenten gleichberechtigten Zugang zu digitalen Lernressourcen, was ebenfalls Bildungsungleichen verschärft hat.



Wohlstand durch Fairness.

Eigentum
behalten

Sichere
Arbeit

Energie-
kosten

Respekt
für unsere
Lehrlinge

Respekt
für
unsere
Bauern

Eigentum
schaffen

Ökologie
mit
Augen-
maß

Eigentum schaffen

- == **Angemessene Gehälter:** Nur wer für seine Arbeitsleistung fair bezahlt wird, hat die Chance, Eigentum zu erwerben und Wohlstand aufzubauen. Die Kaufkraft des Einkommens sinkt, während notwendige Ausgaben wie jene für Wohnraum überdurchschnittlich stark steigen. In Österreich gibt es viele engagierte und fleißige Menschen, die es sich verdient haben, dass für sie gerechte Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sie nicht auf der Strecke bleiben.
- == **Leistbare Wohnungen:** Es ist unser erklärtes Ziel, leistbares Wohnen für alle Österreicher zu schaffen. Erschwingliche Mieten decken nicht nur das Grundbedürfnis nach Wohnraum ab, sondern sind auch eine Grundvoraussetzung dafür, um für einen späteren Eigentumserwerb ansparen zu können. Spekulation im gefördert errichteten gemeinnützigen Wohnbau wie Anlegerwohnungen darf nicht möglich sein.
- == **Faire Kredite:** Die heimischen Banken müssen im Sinne der Fairness endlich zur Kasse gebeten werden. Maßnahmen für Kreditnehmer wie die Einführung eines Zinsdeckels, Laufzeitverlängerungen, Stundungen und Senkung der sonstigen Kreditkosten, keine Fälligstellung von Krediten oder Aussetzung der Kapitalertragsteuer, solange die Sparzinsen niedriger sind als die Inflationsrate, sind angesichts der aktuellen Situation Gebot der Stunde. Schließlich haben die Bürger vor einigen Jahren den Banken mit ihrem Steuergeld die Existenz gerettet.



Eigentum behalten

- Weniger Steuern und Abgaben:** Österreich gilt als Höchststeuerland, und die Abgabenquote steigt kontinuierlich. Dadurch werden nicht nur das verfügbare Einkommen und die individuelle Kaufkraft künstlich verringert, sondern auch der Vermögensaufbau erschwert. Wir fordern ein Ende der Steuer-Ungerechtigkeit: Abschaffung der CO₂-Strafsteuer, Abschaffung der kalten Progression, Abschaffung der ORF-Zwangsteuer und eine Erhöhung des Pendlerpauschales und des amtlichen Kilometergelds.
- Runter mit der Inflation:** Seit 2022 liegt die Inflationsrate in Österreich immer über dem EU-Durchschnitt und dem Eurozonen-Durchschnitt. Das ist das Resultat der ÖVP-Grünen-Politik: einer übergriffigen Corona-Politik, mit der unsere heimischen Betriebe massiv geschädigt wurden, einer neutralitätsfeindlichen Haltung im Ukraine-Krieg, die uns mehr schadet als Russland und dabei den Krieg nicht beendet, und nicht zuletzt einer Klimapolitik, die nur zusätzliche Belastungen bringt und die Energiepreise anheizt.
- Autarkie statt EU-Diktat:** Der Alleingang von Bundesministerin Gewessler zur Renaturalisierungsverordnung der EU wird Österreich vor erhebliche Probleme stellen. Insbesondere die Landwirte werden mit massiven Eingriffen in ihr Eigentum zu kämpfen haben. Wir treten dafür ein, dass Österreichs Landwirtschaft autark bleibt.



Sichere Arbeit

- Steuergerechtigkeit für Unternehmer:** Unternehmer, die attraktive Arbeitsplätze anbieten, sollen steuerlich entlastet werden. Mit der Beschäftigung von Leiharbeitskräften und Subunternehmen minimieren Firmen ihr ökonomisches Risiko. Unternehmer, die fixe Jobs anbieten, haben im Vergleich dazu höhere Fixkosten und somit ein höheres Risiko, dass Verluste eintreten können. Das ist ungerecht, zumal die Lohnnebenkosten viel zu hoch sind.
- Fachliche Bildung statt politischer Umerziehung:** Schüler fürchten um ihre Ausbildung und verlieren ihre Zukunftsperspektive, Eltern sorgen sich über die Zukunft ihrer Kinder: Unser Schulsystem steht an der Kippe. Wir wollen eine Bildungspflicht, die gewährleistet, dass Schüler am Ende ihrer Schullaufbahn ordentliche Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen erlangen. Die Talente der Kinder, auch jene im musischen Bereich, müssen während ihrer Schulzeit entsprechend gefördert werden.
- Vereinbarkeit mit Kindern:** Eine echte Familienpolitik hilft Familien spürbar und verleiht damit der Gesellschaft langfristig Stabilität. Berufstätigen Eltern müssen hochwertige und leistbare Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung gestellt werden, welche auf die Bedürfnisse der Familie ausgerichtet sind. Familiäre Betreuung muss umfassend unterstützt werden.



Ökologie mit Augenmaß

- == **Nein zur Deindustrialisierung:** Wir brauchen keine ideologisierte Öko-Planwirtschaft, die unsere Wirtschaft ruiniert. Natur- und Umweltschutz auf der einen Seite und eine prosperierende Ökonomie dürfen kein Widerspruch sein. Gerade die EU mit ihrem Bürokratiewahn erweist sich immer deutlicher als Totengräber der europäischen Wirtschaft.
- == **Nein zum „Green Deal“:** Vom 2019 versprochenen neuen „grünen“ Wachstum mit dem Ziel, Europa zum Weltmarktführer bei „Green Tech“ zu machen, kann keine Rede sein: Die EU ist wirtschaftlich weit zurückgefallen, Sonnenkollektoren und Windräder werden mittlerweile großteils in China produziert und energieintensive Unternehmen sind in die USA ausgewandert oder planen, dies zu tun.
- == **Nein zum Aus für Verbrennermotoren:** Zu einer Ökologie mit Augenmaß gehört auch der Umstieg auf umweltfreundliche Technologien. Ein radikales Verbot des Verbrennermotors binnen kürzester Zeit stellt Österreich, das ein wichtiges Zulieferland für die Automobilindustrie ist, vor unlösbare Herausforderungen. Gerade hier braucht es staatsmännische Verantwortung statt linker Utopien.



Energiekosten

- Weg mit den Sanktionen:** Österreich ist nach wie vor zu 90 Prozent von russischem Gas abhängig. Durch die verantwortungslosen Sanktionen hat sich der Gaspreis vervielfacht. Das stellt nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die Industrie, vor allem aber die KMUs und EPU, vor zum Teil unlösbare Probleme. In Zusammenschau mit der ideologiebefeuerter Öko-Politik der EU haben wir eine noch nie dagewesene Deindustrialisierung im Laufen. Damit muss Schluss sein.
- Energiepolitik für unsere Leut:** Dasselbe gilt für den Strompreis, der sich durch das internationalistische Merit-Order-Prinzip (durch das sich der Strompreis am teuersten Kraftwerk orientiert) ausschließlich zu Lasten der Konsumenten entwickelt hat, währenddessen die Konzerne Megagewinne einfahren. So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen eine Energiepolitik, die die österreichischen Privathaushalte und Unternehmen unterstützt, statt sie abzuzocken und sie um ihre Existenz zu bringen.
- Forschung statt Klimastrafen:** Anstatt Milliarden-Klimastrafen an die EU zu überweisen und diese im Rachen der EU-Bürokratie versinken zu lassen, wollen wir diese Gelder verwenden, um sie in die österreichische Forschung zu investieren. Es muss wieder möglich sein, durch ein Vorantreiben von Wissenschaft und Technik zum Gemeinwohl beitragen zu können, anstatt in einem repressiven Klima des unerträglichen Kostendrucks und der Bevormundung zu leben.



Respekt für unsere Lehrlinge

- Facharbeiter und Handwerker sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft :** Wir sehen die Lösung des Fachkräftemangels nicht in der Arbeitsmigration. Es braucht eine Lehrlingsoffensive, die Lehre mit Matura erleichtert und die Jugendarbeitslosigkeit senkt. Unsere Jugend muss motiviert werden, einen Beruf zu erlernen. Gleichzeitig muss für Facharbeiter mehr Nettolohn vom Bruttobezug übrigbleiben – wir fordern eine Steuerentlastung in den Tarifstufen der mittleren Verdienste.
- Gegen die Akademisierung aller Lebensbereiche:** Wir erleben seit Jahren eine sozial suggerierte und von der Politik befeuerte Abwertung der Lehre. Wer die Grundrechnungsarten und einfachste Umgangsformen beherrscht, schlägt lieber eine Akademikerlaufbahn ein. Das betrifft mittlerweile alle Branchen. Hinter einer wachsenden Flut hochtrabender Titel stecken jedoch oft eher fragwürdige Qualifikationen, gepaart mit wachsenden Ansprüchen der Absolventen an den Arbeitsmarkt.
- Lehrlingseinkommen zum Auskommen:** Die Lehre muss wieder attraktiver werden – nur so kann dem Facharbeitermangel mittel- und langfristig erfolgreich entgegengewirkt werden. Mit 5.000 Euro als Leistungsabgeltung an die Lehrabsolventen und weiteren 5.000 Euro für weiterführende Ausbildungen wäre die Meisterprüfung finanzierbar und der Weg in die Selbständigkeit offen. Unabhängig von der Höhe soll das Einkommen von Lehrlingen generell lohnsteuerbefreit sein.



Respekt für unsere Bauern

- Faire Arbeitsbedingungen für faire Leistung:** Die Arbeit unserer Bauern muss sich auch lohnen, sie müssen davon leben können. Für 365 Tage harter Arbeit im Jahr sind die Einkommen aber viel zu niedrig, während die Bürokratie durch überbordende Vorschriften immer größer wird. Da lohnt sich kein Wirtschaften, und die logische Folge ist das Höfesterben. Wir brauchen Lösungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.
- Unsere Bauern entscheiden selbst, was sie produzieren, nicht die Brüsseler Bürokratie:** Praxisferne Richtlinien und Verordnungen aus der EU machen unseren Bauern das Leben schwer. Anstatt sie zu verpflichten, weitere Flächen aus der Produktion zu nehmen, muss die heimische Produktion unterstützt und gestärkt werden. Wir brauchen eine autarke Landwirtschaft, die vielfältig ist und uns im Krisenfall ernähren kann.
- Geht's dem Bauern gut, geht's dem Tier gut:** Unsere Bauern beweisen jeden Tag, dass sie mit der Natur gut umgehen können – auch mit ihren Nutztieren. Das Tierwohl verpflichtet sie zu einem zeitgemäßen und wertschätzenden Umgang mit allen Tieren als Mitgeschöpfen. Durch hochwertige Fütterung, verantwortungsvolle Aufzucht und ausreichend Auslauf stellen sie sicher, dass die Nutztiere natürlich, gesund und stressfrei aufwachsen und beste Fleischqualität liefern.





Binäre Geschlechtsidentität

- Ehe- und Familienleben:** Wir halten am traditionellen Ehe- und Familienbild fest, zumal dieses das Fundament unserer Gesellschaft ist. Gerade für Kinder ist die traditionelle Familie unumstritten der beste Rahmen, um in Geborgenheit aufzuwachsen. Wer meint, die Anzahl der Geschlechter beliebig festsetzen oder das Geschlecht beliebig wechseln zu können, missachtet das Wesen des Menschen.
- Queer:** Die Anzahl jener Personen, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren wollen, ist verschwindend gering – siehe dazu die Ausführungen unter „Familie und Binarität“. Daher verwehren wir uns gegen die permanente Transgender-Gehirnwäsche, die letztlich nur auf eine Zersetzung unserer gesellschaftlichen Grundlagen abzielt. Für die Bewerbung solch „queerer“ Experimente darf kein Steuergeld aufgewendet werden.
- Kein LGBTIQ-Kommissar für die EU:** Vor diesem Hintergrund sehen wir keine Veranlassung für die Etablierung eines solchen Kommissars, wie ihn unter anderem die ÖVP einfordert. Solch ein Kommissar wäre ein Schlag ins Gesicht all jener Europäerinnen und Europäer, denen die abendländischen Wurzeln etwas bedeuten. Es sollte eher einen Kommissar für die Remigration all jener geben, die uneingeladen nach Europa gekommen sind.



Deutsche Sprache

- Nein zum Genderzwang:** Wir bekennen uns dazu, dass die deutsche Sprache der wichtigste Träger unserer Kultur ist. In Niederösterreich haben wir uns für die Paar-Bezeichnung entschieden (Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher), lehnen aber jede Verwendung des Binnen-I oder anderer skurriler Sonderzeichen ab. Es ist abzulehnen, dass zum Beispiel Studenten schlechter benotet werden, weil sie die deutsche Sprache grammatikalisch richtig anwenden wollen – nein zu einem scheinheiligen Betroffenheitszwang!
- Deutsch in der Schule:** Wesentlich ist, dass in unseren Schulen Deutsch gesprochen wird – nur so kann ein sinnvoller Unterricht für alle Kinder stattfinden. Gerade der Familiennachzug hat das System in den Metropolen an einen Kipppunkt gebracht. Daher fordern wir unverändert „Deutsch vor Schuleintritt“. Dabei haben unsere Kinder das Recht, die deutsche Sprache ohne ideologische Verbrämungen zu erlernen.
- Anglizismen vermeiden:** Unsere Zeit ist davon geprägt, krampfhaft deutsche Begriffe durch englischsprachige ersetzen zu wollen. Sogar im Nationalrat wurde jüngst ein Gesetz ohne jegliche sachliche Rechtfertigung mit einem englischen Titel versehen, obgleich unsere Amtssprache Deutsch ist. Es wäre gerade die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dieser schleichenden Verdrängung unserer Sprache entgegenzuarbeiten.



Kulturförderung

- **Kulturelles Erbe schützen:** Wir wollen, dass unser Geld für die Bewahrung der heimischen Kultur verwendet wird. Das abendländische Erbe Österreichs ist von Weltruhm und verdient die größte Wertschätzung. Künstler, die etwas können, sollen gefördert werden, nicht jedoch sogenannte Staatskünstler, die wenig mehr aufzuweisen haben als „die richtige Gesinnung“.
- **Kritisch statt konform:** Die Ausgaben für Kulturschaffende müssen dringend evaluiert werden. Es ist nicht einzusehen, dass Künstler, die sich während der Corona-Krise maßnahmenkritisch gezeigt haben, von der Kulturschickeria wie Aussätzige behandelt werden, derweil Events wie der sogenannte Song Contest oder die Wiener Festwochen mit Zwangsabgaben finanziert werden. Nebst den ORF-Skandalgehaltern muss daher auch seine Förderpolitik kritisch unter die Lupe genommen werden.
- **Landeskultur stärken:** Das um knapp 50 Millionen Euro erhöhte Kulturbudget muss gerecht in allen Bereichen der österreichischen Kulturlandschaft verteilt werden: Es ist beschämend, dass in den Bereich Volkskultur gerade einmal 55.000 Euro fließen. Wir fordern eine sofortige Erhöhung der Förderungen aus Bundesmitteln zur Unterstützung heimischer Musikverbände, Chöre und Musikkapellen.



Islamisierung

- Keine Toleranz gegenüber Feinden unseres demokratischen Verfassungsstaates:** Wir fordern ein Verbotsgesetz gegen den politischen Islam, zumal die Rufe nach der Errichtung eines Kalifates in Europa immer lauter werden. Wer unsere Verfassung nicht respektieren will, sondern offen ihre Beseitigung verlangt, darf nicht mit Steuergeld subventioniert werden, sondern hat Österreich zu verlassen.
- Respekt und Gleichbehandlung:** Die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen ist eine wesentliche Errungenschaft des aufgeklärten Europas. Ein kultureller Rückschritt, wie ihn die Islamisierung mit sich bringen würde, bedeutete Fremdbestimmung und den Ausschluss aus dem gleichberechtigten Bildungs- und Berufsleben. Die vornehmste Aufgabe des Feminismus müsste es daher sein, klar gegen die Islamisierung Europas aufzutreten.
- Kein Kulturkampf im Klassenzimmer:** Zwischen 1981 und 2021 hat sich der Anteil der Muslimen in Österreich von 76.900 auf 745.000 fast verzehnfacht – in Wien bedeutet das bereits fast 15 Prozent der Bevölkerung. Radikale Ideologien und Missachtung unserer säkulären Werte haben in unseren Schulen nichts zu suchen. Wer mit Lehrerinnen ein Problem hat oder meint, unsere Schulen als Verkündungsstätte einer totalitären Gesinnung missbrauchen zu können, genießt nicht länger unsere Gastfreundschaft.



No-go-Areas

- == **Die entglittenen Gebiete:** Gerade in den größeren Städten verliert der österreichische Staat samt seiner Polizei zunehmend die Kontrolle, wie sich am Beispiel Wien-Favoriten zeigt. Die Problemzonen in den betroffenen Bezirken haben sich durch Migrantenströme und die unkontrollierte Einreise von Flüchtlingen massiv ausgeweitet. Unsere Gesetze und Regeln des Zusammenlebens werden nicht respektiert, die Sicherheit der Bürger ist nicht mehr gewährleistet. Dem muss mit maximaler polizeilicher Repression entgegengewirkt werden.
- == **Rekrutierungsoffensive für die Polizei:** Seit Jahren ist die Polizei am personellen Limit – auch weil der Polizeidienst immer gefährlicher wird und für Einsätze mehr Beamte als früher ausrücken müssen. Wir müssen nicht nur die Zahl der Bewerber steigern, sondern den Polizeidienst insgesamt attraktiver machen, damit mehr Polizeischüler die Ausbildung auch abschließen.
- == **Mehr Präsenz:** Wir brauchen die Polizei dort, wo sie benötigt wird. Nur noch 29 von 81 Wiener Polizeiinspektionen stehen nachts für den Parteienverkehr offen. Wo Österreicherinnen und Österreicher sich nachts nicht mehr auf die Straße getrauen, weil sie Sorge haben, Opfer der importierten Gewalt zu werden, braucht es Schutz und Hilfe. Das Beispiel der Schließung der Polizeiinspektion Keplergasse beweist die völlige Ignoranz der Verantwortlichen.





Lange und gut leben.

Die beste
Medizin
für unsere
Leut

Gesundheits-
vorsorge

Verlängerte
Lebenszeit
durch
Wohlstand

Pensionen
zum
Auskommen

Pflege daheim
ermöglichen

Pflegefälle
vermeiden

Gesundheitsvorsorge

- **Die beste Leistung für unsere Leut:** Dieses Versprechen ist längst nicht mehr zu halten – unser Gesundheitssystem entwickelt sich immer mehr in Richtung Mehrklassenmedizin. Uns fehlt es an Kassenärzten, die Spitäler sind dramatisch überlastet, nicht zuletzt dadurch, dass ein unverhältnismäßig hoher Anteil an Nicht-Österreichern auch bei Bagatellerkrankungen direkt das Krankenhaus anstelle eines Hausarztes aufsucht. Die wohnortnahe medizinische Versorgung muss dringend bundesweit ausgebaut werden.
- **Vorsorge und Prävention:** Jede vernünftige Gesundheitsvorsorge basiert auf Eigenverantwortung. Das betrifft nicht nur Vorsorgeuntersuchungen, sondern vor allem eine gesundheitsfördernde Lebensweise. Eine individuelle Präventionsplanung und Beratung sowie eine Stärkung der Gesundheitskompetenz schaffen mehr gesunde Lebensjahre für die Bevölkerung. Verbunden mit attraktiven (finanziellen) Anreiz-/Belohnungsmodellen können wir so einer Überlastung des Gesundheitssystems vorbeugen und mehr Lebensqualität für die Bürger schaffen.
- **Keine Migration ins Gesundheitssystem:** Es ist ein klares Anliegen, dass es keine medizinische und pflegerische Versorgung von illegalen Migranten und Asylwerbern geben soll – ausgenommen Elementarversorgung und Schwangere. Es kann nicht sein, dass immer mehr Staatsfremde, Nichtversicherte oder Illegale medizinische Dienstleistungen auf unsere Kosten erhalten und unsere Versorgungsstrukturen kollabieren.



Die beste Medizin für unsere Leut

- Arzneimittelversorgung sicherstellen:** Wir brauchen einen Masterplan zur Verfügbarkeit von Medikamenten und Medizinprodukten. Eine strategische Krisenvorbereitung für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Arzneimitteln ist unerlässlich, um beispielsweise Lieferengpässen zu begegnen. Gleichzeitig sollten Anreize zur heimischen Fertigung von Medikamenten etabliert werden.
- Mobile Ordinationen:** Die wohnortnahe medizinische und/oder pflegerische Versorgung könnte mit mobilen Ordinationen beispielsweise in dünn besiedelten Regionen oder bei nicht besetzten allgemeinmedizinischen Kassenstellen deutlich verbessert werden und damit die niedergelassenen Arztpraxen und Spitäler unterstützen und entlasten. Damit verbunden ist eine medizinische und pflegerische Versorgungssicherheit der Bevölkerung.
- Patientenströme organisieren:** Damit Patienten die richtige medizinische bzw. pflegerische Leistung erhalten, muss eine bessere Koordination der Anlaufstellen stattfinden. Telemedizinische Konsultationen und Beratungen oder digitale Gesundheitsleistungen gehören hier ebenfalls dazu. Nur so können die knappen personellen Ressourcen im Gesundheitssystem bestmöglich und zielgenau eingesetzt werden.



Pensionen zum Auskommen

- ▬ **Faire Pensionserhöhungen:** Menschen mit einer kleinen Pension sind von Teuerung, Inflation und hohen Energiekosten besonders betroffen. Anstatt angemessen zu reagieren und die Pensionen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus zu erhöhen, gefährdet die aktuelle Regierung ohne mit der Wimper zu zucken Existenzen und treibt unsere Mindestpensionisten immer weiter in die Verarmung.
- ▬ **Pensionsraub Aliquotierung:** Es hängt vom Pensionsantrittsmonat ab, um wie viel der Ruhensbezug im ersten Pensionsjahr erhöht wird: Nur wer im Jänner in Pension geht, erhält im darauffolgenden Jahr 100 Prozent der festgelegten Anpassung; danach wird es schrittweise weniger. Die Regierung hat zwar beschlossen, die Aliquotierung auszusetzen, aber nur für 2024 und 2025. Die Regelung stellt aber eine lebenslange Pensionskürzung dar, von der besonders Frauen betroffen sind.
- ▬ **Zuverdienst attraktiv gestalten:** Eine schnell wirksame Maßnahme gegen den dramatischen Fachkräftemangel könnte sein, Menschen länger im Erwerbsleben zu halten. Für jene, die freiwillig über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus arbeiten möchten, muss sich das aber auch auszahlen. Wir müssen entsprechende Anreize schaffen und die Leistung älterer Menschen unterstützen und wertschätzen.



Pflegefälle vermeiden

- Aktiv im Alter:** Die Österreicher haben ein großes Bedürfnis nach maximaler Gesundheit. Zielgerichtete Präventionsaktivitäten mit Fokus auf Erhalt der körperlichen und/oder geistigen Fähigkeiten ermöglichen mehr gesunde Lebensjahre, einhergehend mit höherer Lebensqualität. Wenn wir mehr gesunde Lebensjahre erreichen, brauchen wir weniger Pflegekräfte und entlasten so die kommenden Generationen.
- Lebensqualität erhalten:** Um das Leben möglichst lang in Gesundheit und Selbstbestimmung genießen zu können, müssen punktgenaue präventive Maßnahmen für die Zielgruppe der Älteren in den Mittelpunkt gerückt werden: Vermeidung körperlicher und psychischer Erkrankungen, Erhaltung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit sowie einer aktiven, selbständigen Lebensführung, Aufrechterhaltung eines angemessenen Unterstützungssystems.
- In Würde altern:** Die Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit älter werdender Menschen soll so lange wie möglich erhalten werden. Technische Hilfsmittel wie Rollatoren, alle Arten von Griffen und Aufstehhilfen sowie Assistenzsysteme wie Hausnotrufsysteme helfen dabei, ein langes Leben im vertrauten Umfeld zu sichern.



Pflege daheim ermöglichen

- **Daheim vor stationär:** Die vertraute Umgebung ist gerade für ältere Menschen wichtig und sollte so lange wie möglich erhalten werden. Mobile Dienste, 24-Stunden- oder Tagesbetreuungsmodelle unterstützen beim Leben zuhause und müssen weiter ausgebaut werden.
- **Zukunftsthema Pflege und Betreuung:** Bis 2023 werden österreichweit siebzig- bis einhunderttausend zusätzliche Pflegekräfte benötigt. Menschen, die im Pflegebereich arbeiten, stoßen jeden Tag an ihre Grenzen der Belastbarkeit. Pflegenden Angehörigen entlasten das System und haben sich umfassende Hilfestellung, ein faires Entlohnungsmodell und Steuererleichterungen mehr als verdient. Eine Zuwanderung ins Sozialsystem lehnen wir dezidiert ab – keine Pflege(geld)leistungen für Illegale oder Asylsuchende.
- **Ersatz der Pflegekosten:** Wenn ältere Menschen zu Hause von ihren Familienangehörigen gepflegt werden, entstehen hohe Kosten, die nicht zur Gänze erstattet werden. Wir fordern daher einen bundesweiten Pflegescheck, mit dem zusätzliche Leistungen wie etwa mobile Dienste oder Aushilfen in Anspruch genommen werden können.



Verlängerte Lebenszeit durch Wohlstand

- **Je höher die Bildung, desto höher die Lebenserwartung:** Gut ausgebildete Menschen haben meist besser bezahlte Arbeit und geben mehr Geld für qualitativ hochwertige Nahrung, sportliche Aktivitäten und Erholungsurlaube aus. Sie achten auf ihre Gesundheit und gehen eher zu Vorsorgeuntersuchungen als geringer Qualifizierte. Gesundheit darf dennoch kein Privileg sein – sie ist ein Grundrecht aller.
- **Wohlstand verbessert die individuellen Lebensbedingungen:** Wir müssen den über Generationen hart erarbeiteten Wohlstand Österreichs sichern, denn dieser ermöglicht uns ein gutes Leben, Zukunftschancen für unsere Kinder und ein Altern in Würde. Ehrliche Leistung muss sich wieder lohnen und die Bildung von Eigentum und Wohlstand zulassen.
- **Gewonnene Lebenszeit bestmöglich nutzen:** Je entwickelter ein Land, desto höher ist die Lebenserwartung: Sie hat sich bei uns seit dem 19. Jahrhundert in Europa in etwa verdoppelt. Viele engagieren sich nach dem Ende des Arbeitslebens in einer Freiwilligenarbeit und tragen dabei nicht nur zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei, sondern auch zu ihrer eigenen körperlichen und geistigen Gesundheit. Wir müssen diese Menschen bestmöglich unterstützen und fördern.



Soldaten

Justizwache-
beamte

Polizisten

**Mit Engagement,
Herz und Mut
für unsere Heimat.**

Pflege-
kräfte

Ehren-
amtliche

Ärzte
und
Kranken-
pfleger

Lehrer

Polizisten

- Ballungsraum-Zulage:** Die Polizeiarbeit in Ballungsräumen wird immer gefährlicher. Bedienstete in arbeitsintensiven Polizeidienststellen haben ein Recht darauf, dass ihre außergewöhnlichen Leistungen, die ihnen alles abverlangen, auch entsprechend gewürdigt werden, und zwar in Form von Zulagen für einschlägige Tätigkeiten in Ballungsräumen. Das würde auch der Personalfluktuation und dem massiven Personalmangel entgegenwirken.
- Nein zu Diffamierung und Vernaderung:** Mit der Schaffung der neuen Beschwerdestelle gegen Polizeigewalt mit proaktiver NGO-Beteiligung werden Polizisten unter massiven Generalverdacht gestellt. Es gibt bereits bewährte rechtsstaatliche Überprüfungsstellen (Disziplinarbehörde, Volksanwaltschaft, Gerichte) für Vorwürfe gegenüber Polizeibediensteten. Unsere Polizisten erbringen eine gefährliche und oft unbedankte Leistung im Dienste der Allgemeinheit und haben sich das nicht verdient.
- Kein Missbrauch der Exekutive:** Unsere Polizisten sind für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land zuständig. In der Corona-Zeit sollten die Exekutivbeamten aus politischen Gründen komplett zweckwidrig eingesetzt werden. Willkürliche Kontrollen unbescholtener Bürger, ohne dass sie ein erkenntliches Fehlverhalten gesetzt haben, sind in totalitär regierten Ländern an der Tagesordnung, haben aber in einer hoch entwickelten Demokratie wie Österreich sicher nichts verloren.



Soldaten

- Miliz, Bürger in Uniform:** Milizsoldaten gehen in erster Linie ihrem privaten Beruf nach und werden erst bei Übungen oder Einsätzen militärisch tätig. Nur die Miliz ermöglicht ein Aufwachsen des Heers auf die nötige Einsatzstärke – sie weist jedoch einen dramatischen Fehlbestand an Personal und Material auf, verpflichtende Milizübungen fehlen. Wir müssen dringend wieder verpflichtende Waffenübungen einführen – niemand kann absehen, ob wir vielleicht wieder einmal alle Soldaten brauchen werden.
- Heer voller Möglichkeiten:** Das größte Problem des österreichischen Bundesheers ist der Mangel an Personal. Um den Heeresdienst wieder attraktiver zu machen, muss die Bezahlung von Unteroffizieren und Offizieren endlich angehoben werden. Der Soldatenberuf soll wieder eine echte Wahlmöglichkeit für junge Männer und Frauen darstellen und die Verankerung der Streitkräfte in der österreichischen Gesellschaft deutlich machen.
- Schutz und Hilfe:** Neben seiner Hauptaufgabe, der militärischen Landesverteidigung, ist das österreichische Bundesheer unverzichtbar bei Krisen- und Katastropheneinsätzen. Unsere Soldaten werden dort eingesetzt, wo niemand anderer mehr helfen kann. Im Sinne der Sicherheit unserer Bevölkerung und der Soldaten muss die Sicherheitsinfrastruktur gestärkt und nicht laufend beschnitten werden.



Justizwachebeamte

- == **Bessere personelle Ausstattung:** Die Justizwache erfüllt eine wichtige und nicht immer ungefährliche Aufgabe im Strafvollzug. In diesem geschlossenen Bereich ist Personalmangel besonders dramatisch. Wir brauchen mehr Planstellen für die Bediensteten der Justizwache, um die Sicherheit in den Justizanstalten zu gewährleisten. Ein Mehr an Planstellen darf aber nicht zu Einsparungen in anderen Bereichen der Justiz führen.
- == **„Haft in der Heimat“:** Der Anteil der in Österreich verurteilten Ausländer an der Gesamtzahl der Verurteilten nimmt seit Jahren stetig zu: Es ist bereits jeder zweite Verurteilte kein Österreicher. Um die Justizwache tatsächlich zu entlasten, muss neben einer personellen Aufstockung und einer besseren budgetären Ausstattung auch das Modell einer Verbüßung der Haft im jeweiligen Heimatland vorangetrieben werden.
- == **Schutz der Privatsphäre:** Der Personalmangel bei der Justizwache bedeutet eine Belastung für jeden Bediensteten, die oft noch von einigen Medien durch Eingriffe in die Privatsphäre verstärkt wird. In dieser Situation ist der öffentlich Bedienstete samt seiner Familie völlig auf sich allein gestellt. Der Staat hätte jedoch die Pflicht, seinen Bediensteten rechtlich beizustehen.



Ehrenamtliche

- Ehrenamt nicht nur beklatschen:** Österreichs Feuerwehren, Rettungs-Organisationen, Berg-, Flug- oder Wasserrettung dürfen nicht als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden, sondern müssen bestmöglich unterstützt und gefördert werden. Für eine Erhöhung der Attraktivität ehrenamtlicher Tätigkeiten sollte bei möglichen Rechtsstreitigkeiten nach einem Einsatz ein Sicherheitsnetz für allfällige Haftungsrisiken für die Freiwilligen geschaffen werden.
- Beeindruckendes Engagement:** Das ehrenamtliche Engagement in Österreich ist außergewöhnlich und genießt in der Bevölkerung sehr viel Vertrauen und ein hohes Ansehen – es ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt auch zum Zusammenhalt innerhalb einer Gemeinde bei. Umso notwendiger ist es, das Ehrenamt hochzuhalten und laufend zu stärken.
- Gemeinsam Notsituationen meistern:** Unsere Freiwilligen leisten selbstlos rund um die Uhr einen unverzichtbaren Einsatz. Ohne die Leistungen der freiwilligen Helfer in allen Blaulichtorganisationen wäre eine Bewältigung von Katastrophen aller Art nicht möglich. Es ist hoch an der Zeit, dass eine wirklich angemessene Regelung zum Rechtsanspruch auf Entgeltfortzahlungen für Helfer geschaffen wird.



Lehrer

- Lebenslange Weiterbildung:** Lehrkräfte sind gefordert, sich kontinuierlich über den aktuellen Stand der Technik und Wissenschaft zu informieren, um ihren Schülern aktuelles Wissen zu vermitteln. Wir sollten Lehrer dazu ermutigen, innovative Unterrichtsmethoden einzusetzen und digitale Ressourcen zu nützen, um den Schülern ein zeitgemäßes Lernerlebnis zu bieten.
- Administrative Entlastung:** Unsere Lehrer müssen immer mehr branchenfremde Aufgaben übernehmen – das Ergebnis sind unzufriedene Pädagogen, die immer öfter den Beruf wechseln. Es braucht rasch genügend administrative Kräfte, damit eine ausgebildete Lehrkraft ihrem pädagogischen Auftrag nachkommen und unterrichten kann.
- Studenten spielen Lehrer:** Bereits ein Drittel der Jugendlichen sind von den Auswirkungen des dramatischen Lehrermangels in Österreich betroffen: Sie werden zum Teil von unzureichend qualifiziertem Lehrpersonal unterrichtet, damit der Lehrbetrieb überhaupt aufrechterhalten werden kann. Unter anderem werden Studenten ohne abgeschlossenes Studium in die Schulklassen geholt. Das Schönreden der unhaltbaren Zustände in unserem Bildungssystem muss endlich ein Ende haben.



Ärzte und Krankenpfleger

- Medizinische Versorgung für alle Österreicher:** Das öffentliche Gesundheitswesen dient den Staatsbürgern zur hochwertigen medizinischen Vorsorge, Versorgung und Pflege. Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, sollen in Österreich bestmöglich ausgebildet werden und ihre verantwortungsvolle Aufgabe mit gerechter Entlohnung und ausreichenden Ruhezeiten erfüllen können.
- Verbesserte Arbeitsbedingungen für den Gesundheitsbereich:** Ärzte und Krankenpfleger arbeiten schon viel zu lange am Limit. Es kann nicht sein, dass medizinisches Personal bis zum Umfallen arbeiten muss. Das ist nicht nur unfair, sondern auch gefährlich für die Patientenversorgung. Wir brauchen nachhaltige und durchdachte Lösungen, um den Personalmangel in den Spitälern zu beheben und die Arbeitsbedingungen für Ärzte und Pflegekräfte zu verbessern.
- Kein Berufsverbot für Ärzte:** Der Wiener Gesundheitsstadtrat Hacker hat angekündigt, Spitalsärzten Nebenbeschäftigungen als Wahlarzt zu verbieten. Diese Einschränkung der Berufsfreiheit würde jedoch nicht dem öffentlichen Gesundheitssystem zugute kommen, sondern vielmehr dazu führen, dass viele Ärzte ihre Beschäftigung im Krankenhaus aufgeben – die Frustration unter der Ärzteschaft ist jetzt schon groß genug. Das würde die Gesundheitsversorgung in Wien massiv gefährden.

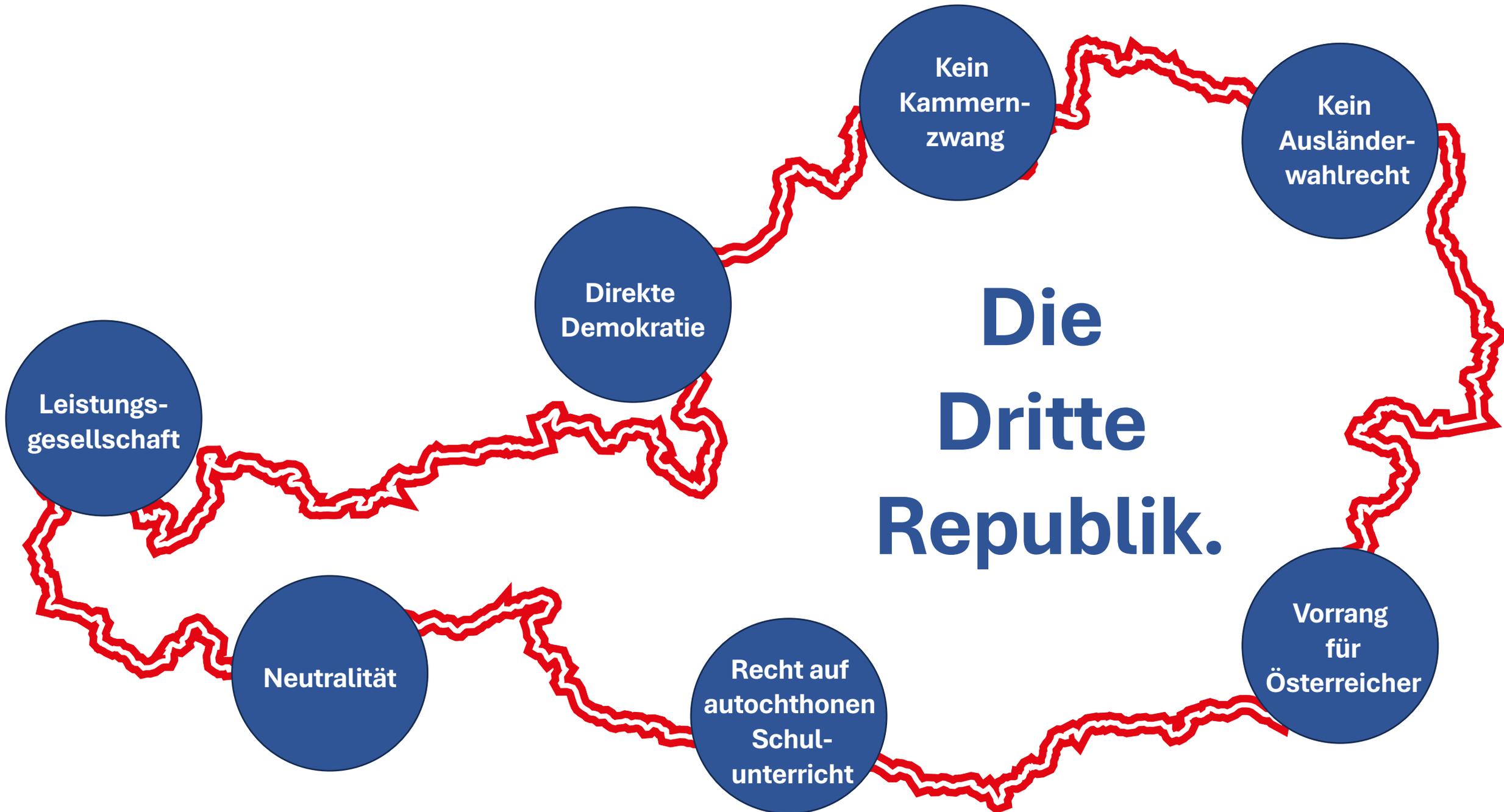


Pflegekräfte

- Fokus auf selbst ausgebildete Pflegekräfte:** Die Rahmenbedingungen für junge Menschen, sich für den Pflegeberuf zu entscheiden, müssen attraktiver werden, um möglichst viele dafür zu begeistern – das wird die Pflegelehre hoffentlich erfüllen. Mit dem Importieren von 24-Stunden-Pflegern aus dem Osten, die oftmals nicht einmal die deutsche Sprache beherrschen und auch keine fundierte Pflegeausbildung haben, werden wir das Personalproblem im Pflegebereich nicht lösen.
- Faire Entlohnung:** Die medizinische Versorgung ist stark von der Pflege in den Spitälern, der Alten- und Behindertenversorgung abhängig. Unsere bewährten Pflegekräfte haben sich Wertschätzung verdient, und dazu gehört auch eine entsprechende gute Bezahlung. Überstundenleistungen dürfen nicht länger von der Lohnsteuer aufgeessen werden, und die Möglichkeit der Auszahlung der Mehrleistungen muss gesetzlich verankert werden.
- Rückkehr zur bewährten Ausbildung:** Die „Akademisierung“ der Ausbildung zur Pflegekraft hat die Personalnot nur noch weiter verschärft. Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive mit einem Umstieg auf das alte System mit einer vernünftigen Bezahlung und einer Wohnmöglichkeit während der dreijährigen Ausbildung, denn das hat gut funktioniert und macht diese Ausbildung auch Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten möglich.



Die Dritte Republik.



Direkte Demokratie

- **Den Souverän stärken:** Bürger haben zwischen den Wahlen kaum Einflussmöglichkeit auf die Gesetzgebung – dieser Mangel wurde durch die Verlängerung der NR-Legislaturperiode auf fünf Jahre weiter verschärft. Und die Schere zwischen dem „Volkswillen“ und der Politik der Regierung geht immer weiter auf – man denke nur an unsere Fremdenpolitik, die großzügig Sozialleistungen an Menschen verteilt, die noch nie in unser System eingezahlt haben. Eine deutliche Mehrheit der Österreicher lehnt das aber ab.
- **Ja zu einer echten Demokratie:** In einer demokratischen Gesellschaft müssen die Bürger gemeinsam zu wichtigen Themen Entscheidungen treffen. Wenn wir die Bürger stärker einbinden wollen, dann müssen endlich die Instrumente der direkten Demokratie ausgebaut werden. Österreich braucht Bürgerentscheidungen auf allen drei Ebenen – Staat, Land und Gemeinde.
- **Für eine echte Volksgesetzgebung:** Direkte Demokratie ist der beste Weg, um die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozess zu gewährleisten und zu fördern. Die Bürger sollen selbst Volksabstimmungen einleiten können. Volksbegehren sollen zu einer verpflichtenden Volksabstimmung führen, wenn vier Prozent der Stimmberechtigten, also rund 250.000 Menschen, ein Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt haben.



Kein Kammernzwang

- == **Wir sind gegen jegliche Art von Zwangsmitgliedschaft** und treten daher für die Möglichkeit eines Opting-out von der Pflichtmitgliedschaft bei Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer ein. Auch die Österreichische Hochschülerschaft – nach ihrem Statut eine Vertretung der allgemeinen und studienbezogenen Interessen ihrer Mitglieder, die eine politische Ausgewogenheit jedoch vermissen lässt – sollte diese Möglichkeit für die Studierenden verankern.
- == **WKO:** Gerade die Wirtschaftskammer erweist sich immer wieder als wahrer Privilegienstadl für ihre Funktionäre. Auf der anderen Seite wird gerade für EPU's und KMUs herzlich wenig getan. Vor diesem Hintergrund erweisen sich Zwangsbeiträge von jährlich einer Milliarde Euro nicht nur als unzulässiger Eingriff ins Eigentum, sondern auch aus emotionaler Sicht als Zumutung.
- == **ÖH:** Das Gleiche gilt für die Österreichische Hochschülerschaft. Anstatt die Studierenden zu servicieren betreibt sie eine ideologisch motivierte Politik, die von der Mehrheit der Studierenden in keiner Weise geteilt, sehr wohl aber mitfinanziert werden muss. Die Wahlbeteiligung bei der ÖH-Wahl (2023: 21,2 Prozent) sagt alles. Unsere Studenten wollen eine Vertretung, die ihre Studienbedingungen verbessert. Sie wollen nicht von einer abgehobenen Funktionärsclique instrumentalisiert werden.



Kein Ausländerwahlrecht

- Nein zu einer Aushöhlung der Grundrechte als Staatsbürger:** Es ist logisch nicht erklärbar, warum Menschen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, nicht nur in ihrer Heimat, sondern auch in Österreich die Regierung wählen sollen. EU-Bürger dürfen an Gemeinderatswahlen und EU-Wahlen teilnehmen – das ist völlig ausreichend.
- Politik für unsere Österreicher:** Wer seit Jahren in Österreich wohnt und auch hier wählen möchte, der soll sich um die österreichische Staatsbürgerschaft bemühen. Wer das nicht schafft, ist offensichtlich gar nicht integrationswillig und braucht deshalb bei uns auch nicht zu wählen. Wer die Vorteile einer Gemeinschaft nutzen will, muss auch etwas dazu beitragen.
- Kein Ausländerwahlrecht durch die Hintertür:** Die österreichische Staatsbürgerschaft ist nicht nur der amtliche Nachweis der nationalen Zugehörigkeit, sondern auch ein Ausdruck der gemeinschaftlichen Identität. Für die Erlangung der Staatsbürgerschaft sollte künftig ein langer ununterbrochener Aufenthalt in Österreich vorliegen. Wir sprechen uns klar gegen einen Rechtsanspruch auf Erlangung der Staatsbürgerschaft aus – wir möchten uns aussuchen können, wen wir einbürgern.



Vorrang für Österreicher

- **Wohnpolitische Trendwende:** Es muss gesetzlich gewährleistet sein, dass Österreicher bei der Vergabe von Gemeindewohnungen bevorzugt werden. Der Fokus der Wohnungsvergabe muss sich ändern und auf österreichische Staatsbürger und nachweislich gut integrierte Zuwanderer ausgerichtet sein. Auch im ländlichen Raum sollten geförderte Wohnungen nur an Personen vergeben werden, die schon länger ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben.
- **Den Österreichern verpflichtet:** Wir treten dafür ein, die Auszahlung von Sozialleistungen an die österreichische Staatsbürgerschaft zu koppeln. Damit schützen wir unsere Sozialsysteme und setzen Anreize für eine echte Integration. Eine Vielzahl von Zugewanderten strebt gar nicht die Staatsbürgerschaft an, da sie auch so auf unser Sozialsystem zugreifen können. Das untergräbt die Bedeutung der Staatsbürgerschaft und hemmt die Integration.
- **Keine Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte:** Schutzberechtigten sind ausschließlich Kernleistungen der Sozialhilfe zu gewähren, die das Niveau der Grundversorgung nicht übersteigen. Auch Ausreisepflichtige dürfen keine Mindestsicherung bekommen. Wenn wir Sachleistungen statt Geldleistungen vergeben, sinkt die Attraktivität für Zuwanderer, in unser Sozialnetz einzuwandern.



Recht auf autochthonen Schulunterricht

- == **Bildung statt Chaos:** Durch den Familiennachzug aus Afghanistan und vor allem aus Syrien kommen monatlich rund 300 Kinder nach Wien, die im Herbst eingeschult werden sollen. Die Verantwortlichen in der Wiener Stadtregierung haben nicht die leiseste Ahnung, wie sie mit dem Zustrom dieser vielen nicht deutschsprachigen neuen Schüler umgehen sollen. Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung, und dieses Recht hat vor dem Recht auf Familiennachzug zu stehen.
- == **Deutsch vor Schuleintritt:** Unsere Kinder haben auch ein Recht darauf, deutschsprachig unterrichtet zu werden. Wo ein Sprachenwirrwarr herrscht, ist ein sinnvoller Unterricht nicht möglich – das führt nicht selten zu Konflikten bis hin zu Mobbing und Gewalt. Daher bleibt unsere Forderung „Deutsch vor Schuleintritt“ selbstverständlich aufrecht.
- == **Das Kreuz muss bleiben:** Das Kreuz als Symbol unserer christlich-abendländischen Geschichte und Kultur gehört seit langer Zeit in unsere Klassenzimmer und darf weder verleugnet noch versteckt werden. Es geht nicht an, dass unsere Klassenzimmer zunehmend entchristianisiert werden. Aggressiven islamistischen Tendenzen ist daher entschieden entgegenzutreten. Zuwanderer haben sich unserer Kultur anzupassen und nicht umgekehrt.



Neutralität

- == **Neutrale Außenpolitik:** Unsere Außenpolitik muss die Interessen der eigenen Bürger wahren. Österreichs Rolle kann darin bestehen, eine neutrale Vermittlerrolle in Krisen- und Kriegssituationen einzunehmen und unser Staatsgebiet als Verhandlungsort zur Friedensstiftung anzubieten – keinesfalls darf Österreich einem Militärbündnis beitreten.
- == **„Die Welt braucht Neutrale“:** Gerade angesichts eines Krieges, der nur einige hundert Kilometer von unserer Grenze entfernt stattfindet, muss uns bewusst sein, dass Österreichs Neutralität nicht auf ihren militärischen Kern reduziert werden darf. Ihr politischer Bestandteil, zu dem sich Österreich 1955 verpflichtet hat, ist besonders wertvoll: Unser Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität ist ein Bekenntnis zu Diplomatie und Dialog.
- == **Vernunft statt Kriegstreiberei:** Derzeit fährt die Europäische Union an allen Ecken und Enden einen Eskalationskurs, der in einem dritten Weltkrieg enden könnte. Als neutraler Staat wollen wir in der NATO-dominierten EU die Stimme der Vernunft sein. Unsere Kinder haben etwas Besseres verdient als die Perspektive, einen Krieg im Interesse fremder Mächte miterleben oder gar selbst führen zu müssen.



Leistungsgesellschaft

- == **Positives Lernumfeld:** Es ist von großer Bedeutung, Kindern zu beibringen, dass ihre Leistung gefordert und auch wertgeschätzt wird. Sie werden so ermutigt, ihr Bestes zu geben und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. In einem solchen Lernumfeld werden auch Fehler als Teil des Lernprozesses und als Chance zur Weiterentwicklung akzeptiert.
- == **Aufstieg durch Leistung:** Ehrliche Leistung muss sich lohnen. Wer bereit ist, sich einzusetzen und sein Bestes zu geben, dem soll durch eine faire Entlohnung und gerechte Unternehmensbesteuerung die Bildung von Eigentum und Wohlstand ermöglicht werden. Letztlich zieht der Aufstieg und Erfolg von vielen bessere Lebensbedingungen für alle nach sich.
- == **Förderung des Unternehmertums:** Niedrige Steuern und Leistungsanreize sind Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften und einen gesunden Arbeitsmarkt. Sie sind Subventionen und Umverteilung vorzuziehen. Anstatt ihnen bürokratische Hürden in den Weg zu stellen, sollten die österreichischen Jungunternehmer Starthilfen und Steuererleichterungen erhalten.





Bürokratie-
abbau

Energie-
versorgung

Steuern
senken

Infra-
struktur

**Starker
Standort**

sichert Wohlstand.

Sicherheit

Innovation
und
Forschung

Qualifizierte
Zuwanderung

Energieversorgung

- Energiepolitik im Interesse des Standorts und der Umwelt:** Österreich muss im Bereich der Energie die Abhängigkeit von anderen Staaten senken – gerade angesichts des Russland-Ukraine-Krieges und der damit verbundenen Risikoszenarien. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger ist zu fördern – der Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei so zu gestalten, dass unsere Wirtschaft davon profitiert. Die Infrastruktur muss im Eigentum der Republik bleiben.
- Bereitstellung leistbarer Energie:** Die Energiepreise in Österreich sind in den letzten Jahren überbordend angestiegen. Energie muss jedoch für alle leistbar sein, das gilt für Privathaushalte genauso wie für die Industrie. Dekarbonisierung, also das Minimieren des Einsatzes fossiler Brennstoffe, darf nicht zu Lasten unserer Wettbewerbsfähigkeit sein und Unternehmen dazu zwingen, in Länder mit niedrigeren Energiekosten abzuwandern.
- Nein zu ideologisch motivierter Energiepolitik:** Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes werden utopische Maßnahmen vorangetrieben, die unseren über Jahrzehnte erarbeiteten Wohlstand massiv gefährden. Dieser Wohlstand basiert zu einem großen Teil auf energieintensiven Industriebetrieben und der Automobilindustrie, die niemals vollständig mit erneuerbarer Energie zu betreiben sind. Völlig unrealistischen hochideologisierten Klimaphantasien erteilen wir eine klare Absage.



Steuern senken

- Mehr Netto vom Brutto:** Neue Steuerbelastungen lehnen wir entschieden ab. Österreich ist jetzt schon ein Hochsteuerland mit einer Abgabenquote weit über dem OECD- und EU-Durchschnitt. Was wir brauchen, sind Entlastungen unserer Leistungsträger, damit am Ende des Monats wieder mehr im Börserl bleibt. Unternehmer dürfen nicht mit weiteren Lohnnebenkosten belastet werden.
- Steuer-Fairness für unser Land:** Es ist alarmierend, dass die Abgabenlast in Österreich stärker gestiegen ist als unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Daher fordern wir eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent auf maximal 40 Prozent, mit einfachen, aber wirksamen Steuersenkungen und gerechten Erleichterungen. Das würde etwa 12 Milliarden Euro mehr jährlich in den Taschen der Bürger bedeuten – eine gewaltige Summe, mit der die Österreicher nachhaltig entlastet würden.
- Leistung muss sich wieder lohnen:** Arbeitszeitverkürzung für die breite Masse und dafür höhere Steuern für die Leistungsträger ist ein todsicheres Konzept, wie man die Konjunkturmachine dauerhaft zum Stehen bringt. Wir müssen wieder die Leistungsträger in den Mittelpunkt stellen und den Leistungsverweigerern ihre finanzielle Basis massiv kürzen. Wer bereit ist, mehr zu arbeiten, soll auch steuerlich entlastet werden, zum Beispiel mit einer massiven Ausweitung der steuerbefreiten Überstundenzuschläge.



Infrastruktur

- Wirtschaft braucht eine funktionierende Infrastruktur:** Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft. Kein Verkehrsträger darf dabei bevorzugt werden. Wir sind gegen das Ausspielen von Schiene gegen Straße, denn die Garantie der Warenlieferkette hat für die Menschen und die Wirtschaft oberste Priorität. Menschen, die täglich zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen, dürfen nicht benachteiligt werden.
- Entlastung des Gütergewerbes:** Am täglichen Gütertransport hängt die ganze Wirtschaft. Bricht dieser zusammen, dann droht ein massiver Wohlstandsverlust mit einem existenzgefährdenden Versorgungsnotstand. Wir fordern Versorgungssicherheit und eine Preisdeckelung für Treibstoff, ein temporäres Aussetzen oder Senken der Mineralölsteuer und die Abschaffung der CO₂-Abgabe.
- Funktionierende digitale Infrastruktur:** Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für Innovation und die Teilhabe an der Digitalisierung. Deshalb müssen wir den Breitbandausbau – insbesondere durch Glasfaser – rasch vorantreiben, um dadurch die Versorgung auch in den ländlichen Regionen sicherzustellen. Vor allem beim Netzausbau bis direkt zur Wohnung oder den Betrieb haben wir noch gewaltigen Aufholbedarf.



Sicherheit

- Schutz vor Gefahren:** Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und eine wichtige Voraussetzung für eine positive menschliche Entwicklung. Unsere Bevölkerung muss vor Gewalt, Verbrechen und anderen Gefahren geschützt werden – auch angesichts der immer größeren Probleme mit importierter Kriminalität. Wenn sich Frauen in der Nacht nicht mehr allein auf die Straße trauen, so ist das ein Alarmsignal für gravierende Fehlentwicklungen in unserer Sicherheits- und Migrationspolitik. Frauen und Kinder verdienen besonderen Schutz.
- Versorgungssicherheit:** Ein zentraler sicherheitspolitischer Aspekt ist die Versorgung der Bevölkerung mit allen lebenswichtigen Gütern. Der Produktions- und Wirtschaftsstandort Europa und Österreich muss gestärkt werden, denn ein hoher Selbstversorgungsgrad und eine vorausschauende Vorratshaltung sind die besten Voraussetzungen, um die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln, Energie, Wasser, Medikamenten und anderen lebensnotwendigen Gütern krisenfest zu gewährleisten.
- Schutz für die kritische Infrastruktur:** Auch in die Blackout-Vorsorge muss ausreichend investiert werden – gemeinsam mit Gemeinden, Feuerwehren, Zivilschutzverband und allen Einsatzorganisationen sind Katastrophenschutzpläne zu erstellen. Besonderes Augenmerk muss in diesem Zusammenhang auf den Kampf gegen Cyber-Kriminalität gelegt werden.



Bürokratieabbau

- Bürokratiewahnsinn der EU schädigt die heimische Wirtschaft:** Unsere Wirtschaft leidet unter der erdrückenden EU-Überregulierung. Regelungen wie die extrem berichtsintensiven ESG-Kriterien, das Lieferkettengesetz oder die EU-Taxonomie, ein Klassifizierungssystem für „grünes“ Wirtschaften, mit Hilfe dessen Investitionen in Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden sollen, hat uns in ein Korsett aus administrativen Zwängen gesteckt, das Innovation und wirtschaftliche Entwicklung erstickt und uns mit unnötigen Kosten belastet.
- Kehrtwende für die europäische Wirtschaftspolitik:** Wir fordern eine sofortige Überprüfung und drastische Vereinfachung der bestehenden EU-Vorschriften. Klare, pragmatische und flexible Regelungen fördern die wirtschaftliche Freiheit und unternehmerische Initiative. In der Region weiß man am besten, was für eine erfolgreiche Standortpolitik notwendig ist.
- Weniger Bürokratie, mehr Effizienz:** Die Regulierungswelle aus Brüssel mindert unsere Wettbewerbsfähigkeit, blockiert Arbeitsplätze und beschneidet die unternehmerische Beweglichkeit – Schluss damit! Als Herzstück Europas sollten österreichische Unternehmen von einer Politik unterstützt werden, die echtes Wachstum und Innovation fördert, anstatt sie durch immer mehr bürokratische Hürden und Übererfüllung der EU-Vorgaben zu bremsen.



Innovation und Forschung

- == **Moderne Arbeitsplätze:** Wissenschaft und Wirtschaft müssen vermehrt Hand in Hand arbeiten und attraktive Arbeitsplätze in unserem Land schaffen. Wir müssen weiter in den Bereich Wissenschaft und Forschung investieren, um Innovationskraft zu schaffen – für den Wohlstand von morgen.
- == **Technologische Entwicklung vorantreiben:** Im Bereich der Wissenschaft möchten wir ganz bewusst ansetzen: Keine Förderungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern gezielte Schwerpunktsetzung in bestimmten Handlungsfeldern, um nationale und internationale Sichtbarkeit zu erreichen. Gesundheit und Ernährung; Umwelt, Klima und Ressourcen; intelligente Produktion und Materialien sowie Gesellschaft und Kultur sind die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Zukunftstechnologien mit Weitblick, z. B. die Speicherung von CO₂, sollen die Antworten auf drängende Fragen finden.
- == **Freie Forschung, freie Lehre:** Wir bekennen uns zu einer freien Entwicklung der Wissenschaft im Rahmen des Gemeinwohls. Gezielte Forschungs- und Entwicklungsarbeit sind Säulen einer positiven Zukunft unseres Heimatlandes. Der Staat hat sich ideologischer Eingriffe in die Autonomie der Wissenschaften zu enthalten.



Qualifizierte Zuwanderung

- == **„Neue Gastarbeiter“:** Qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten, die in Österreich leben und arbeiten möchten, können eine Rot-Weiß-Rot-Karte beantragen. Damit soll es ihnen möglich sein, nach unseren Bedürfnissen und Erfordernissen nach Österreich zu kommen. Wenn der Bedarf nicht mehr gegeben ist, sollen sie aber wieder in ihr Heimatland zurückkehren.
- == **Qualifizierte Zuwanderung versus Asyl:** Wir sind für eine qualifizierte Zuwanderung, aber der illegalen und unqualifizierten Migration durch die Hintertür sprechen wir eine klare Absage aus. Asylwerbern, deren Asylstatus noch ungeklärt ist, vorab eine Aufenthalts-Verfestigung über die Rot-Weiß-Rot-Karte zukommen zu lassen, die eine Abschiebung zusätzlich verhindert, ist gegen jede Vernunft und würde das Asylsystem unterwandern.
- == **Wettbewerb um die besten Köpfe:** Wo es erforderlich ist, soll eine qualifizierte Zuwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt möglich sein. Strikt lehnen wir eine Zuwanderung in unser Sozialsystem ab. Entscheidend ist, dass wir zwischen eingeladenen und nicht eingeladenen Fremden unterscheiden wollen. Gerade bei jenen Menschen, die unaufgefordert nach Österreich kommen, ist der Anteil an Niedrigqualifizierten erschreckend hoch.

